Herner Anzeiger

Amtliches Publikations-Organ für den Stadtkreis Herne.

Zugleich: „Anzeiger für das Amt Sodingen" (Amtsblatt) und „Gerther Anzeiger".

Rotationsdruck und Verlag: Augmanns & Koethers, Herne, Bahnhofstr. 71.

14. Jahrgang. Telegramme: Anzeiger Herne. Fernsprecher 961.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Mk. 1.40 monatlich frei ins Haus gebracht; durch die Post bezogen viertelj. Mk. 4.20. Postscheckkonto Cöln 26667.

Jeder Abonnent des „Herner Anzeigers" ist mit 100 Mark gegen tödlichen Unfall gemäß den bekannt gegebenen Bestimmungen versichert.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: H. Augmann; für den Anzeigenteil: J. Mäthoff, Herne. Der auf die Anzeigen eingeräumte Nachlaß kommt bei Konkursen und gerichtlicher Klage in Wegfall.

Anzeigen werden die 1spaltige Petitzeile mit 20 Pfg., für auswärts mit 25 Pfg., Reklamen die Zeile mit 75 Pfg. berechnet. Auf alle Preise ein Teuerungszuschlag von 10%.

Nr. 286 — Montag, den 9. Dezember 1918.

Der Aufmarsch der Parteien.

Die Parteien rüsten sich zum Wahlkampf für die Nationalversammlung. Anders als bisher vollzieht sich ihr Aufmarsch und neue Gebilde sind an die Stelle der alten Parteien getreten. Nur das Zentrum und die Sozialdemokratie haben sich aus dem Zusammenbruch in die neue Zeit hinüber gerettet; sie glauben, daß sie sich selbst treu bleiben können, wenn natürlich auch sie viel zugelernt haben und neue Wege zu wandeln entschlossen sind. Eigentlich ist es allerdings von allen politischen Parteien nur das Zentrum, das den Krieg und die Sturmtage der Revolution im Innern unerschüttert überdauert hat, denn auch aus der ehemaligen sozialdemokratischen Partei haben sich mehr oder minder große, in bedeutsamen politischen Fragen voneinander abweichende Gruppen herausgeschält, die Spartakusleute, die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten. Diesen drei sozialistischen Parteien gegenüber marschieren die sogen. bürgerlichen Parteien auf, die Demokratische Volkspartei, die sich aus Fortschrittlern und Nationalliberalen gebildet hat, das Zentrum und die Deutschnationale Volkspartei, in der sich die ehemaligen Parteigruppen der Rechten zusammengefunden haben. Es ist zwar anzunehmen, daß sich noch andere politische Parteigruppen anmelden werden, aber sie werden an Größe und entsprechender Bedeutung an die genannten Parteien nicht heranreichen.

Die große Frage, die ihre Zweifel heute in jede politische Erörterung hineinwirft, ist die, ob die deutsche Nationalversammlung eine sozialistische oder eine bürgerliche Mehrheit aufweisen wird. Bei den letzten Reichstagswahlen haben die Sozialdemokraten allerdings nur rund ein Drittel der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt; für eine Beurteilung des Ausfalls der bevorstehenden Wahlen bietet das Wahlergebnis von 1912 aber keine zweifelsfreie Unterlage; denn es fehlt nicht nur an einer Schätzungsmöglichkeit für die durch die Lehren des Krieges hervorgebrachte Beeinflussung des politischen Urteils, sondern auch an Maßstäben, um die Wirkung des Wahlrechtes der Frauen und der Jugendlichen voraussetzen. Die Tatsache indes, daß die Einteilung der Wahlkreise, wie sie für die Wahlen zur deutschen Nationalversammlung gelten sollen, der Sozialdemokratie völlig auf den Leib zugeschnitten ist, der Umstand ferner, daß die Wahlen unter einem rein sozialistischen Regime vorgenommen werden, zwingt zu der Annahme, daß die Sozialdemokratie auf jeden Fall bei den bevorstehenden Wahlen günstiger abschneiden wird, als es unter ganz geordneten Verhältnissen der Fall sein würde. Daß die Sozialdemokratie von den sich ihr bietenden Vorteilen keinen erschöpfenden Gebrauch machen wird ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit sicherlich nicht anzunehmen.

Die bürgerlichen Parteien haben bei dieser Sachlage allesamt das große Interesse, das nichtsozialistische Bürgertum gegenüber dem sozialistischen zur Geltung zu bringen. Für unsere Kultur- und Wirtschaftspolitik stand niemals so ungeheuer viel auf dem Spiele wie jetzt und nie hatte das gesamte deutsche Bürgertum so zahlreiche und große gemeinsame Interessen zu wahren, wie in dieser Schicksalswende. Der häufig und in allen Kreisen der Bevölkerung geäußerte Wunsch, das gesamte Bürgertum sollte sich für diesen Wahlkampf zur Nationalversammlung zu einer einzigen großen Partei zusammenschließen, läßt sich allerdings bei der Vielgestaltigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Parteien und ihrer geschichtlichen Ueberlieferung nicht erfüllen, wohl aber steht bei dem jetzigen Wahlmodus, bei der Möglichkeit, die Listen zu verbinden der Weg offen, daß jede Partei für sich unter voller Geltendmachung ihrer eigenen Forderungen den Wahlkampf führt und daß dann die Listen sämtlicher bürgerlichen Parteien miteinander verbunden werden. Dieser Möglichkeit sollten alle bürgerlichen Parteileitungen ihr Augenmerk zuwenden: die einzelne Partei kann dabei nur gewinnen und der größte Vorteil wäre erzielt, daß keine Partei nur Zählkandidaturen aufzustellen brauchte.

Deutsch-Oesterreich und wir.

Am 15. November beschloß in Wien der Staatsrat Deutsch-Oesterreichs einstimmig und unter lebhaftem Beifall der Mitglieder, an die deutsche Reichsleitung folgendes Telegramm abzusenden:

„In dem Augenblicke der großen geschichtlichen Wendung sendet der deutsch-österreichische Staatsrat dem deutschen Volke seinen brüderlichen Gruß und die herzlichsten Wünsche für seine Zukunft. Der deutsch-österreichische Staatsrat spricht die Hoffnung aus, daß an der Wahl der verfassunggebenden Nationalversammlung, die die künftige staatliche Ordnung des deutschen Volkes bestimmen soll, auch das deutsche Volk in Oesterreich teilnehmen wird."

Und am 12. November nahm die provisorische Nationalversammlung Deutsch-Oesterreichs einstimmig ein Gesetz über die Staats- und Regierungsform Deutsch-Oesterreichs an, dessen grundlegende Bestimmungen lauten: 1. Deutsch-Oesterreich ist eine demokratische Republik. Alle öffentlichen Gewalten werden vom Volke eingesetzt. 2. Deutsch-Oesterreich ist ein Bestandteil der deutschen Republik.

Auf die Drahtung, in der Staatssekretär Dr. Bauer der deutschen Reichsregierung Mitteilung von diesem einstimmigen Beschlusse der deutsch-österreichischen Nationalversammlung machte, hat der Volksbeauftragte Haase eine ausweichende Antwort gegeben, die auf das deutsch-österreichische Volk wie ein kalter Wasserstrahl wirken mußte. In einer scheinbar offiziösen Auslassung wurde die Haltung Haases dann noch mit der für uns gebotenen Rücksicht auf die Entente erklärt und entschuldigt, aber in Deutsch-Oesterreich hat man für solch ängstliche Rücksichtnahme auf Kosten der Stimme des Blutes und der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen wenig Verständnis, und es kann darum auch keineswegs Wunder nehmen, daß die großdeutsche Begeisterung und Freude im deutsch-österreichischen Volke allmählich einen Rückschlag zu erleiden droht.

Nun hat die deutsche Reichsleitung doch endlich wenigstens den Mut gefunden, Deutsch-Oesterreich in einem Paragraphen des Wahlgesetzes für die Nationalversammlung zu erwähnen. Dieser Paragraph entspricht sicherlich nicht den Wünschen und Erwartungen Deutsch-Oesterreichs, aber er setzt ihm doch, daß der Gedanke eines größeren Deutschland auch bei uns eine Heimstätte hat. § 25 des Entwurfes zum Wahlgesetz für die Nationalversammlung lautet: „Beschließt die deutsche Nationalversammlung, daß Deutsch-Oesterreich seinem Wunsche entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird, so treten die deutsch-österreichischen Abgeordneten ihr als gleichberechtigte Mitglieder bei." Vielen, die den Wert des großdeutschen Gedanken erkannt haben, bereitet es gewiß eine Enttäuschung, daß die deutsch-österreichischen Abgeordnete nicht sogleich, wie es 1848 der Fall war, in die Nationalversammlung eintreten und unter ihrer Teilnahme der Zusammentritt beschlossen wird. Immerhin handelt es sich nur um eine Formalität, die keinesfalls ein Hindernis der tatsächlichen Vereinigung bieten wird. Den vom Kleinimperialismus der ehemals österreichischen Sklaven bezogenen Deutsch-Oesterreichern wird der Artikel 25 des Wahlrechtsentwurfs endlich die Botschaft bringen, daß sie vom deutschen Gesamtvolke nicht im Stiche gelassen werden.

Hoffmann als Erzieher.

Die neuen Leiter des Kultusministeriums haben zwei Erlasse herausgebracht, über die man in andern Zeiten nur recht herzlich lachen könnte, die uns aber jetzt bitterernst und tieftraurig anmuten, weil sie die heiligsten Güter des Volkes, seine Religion und sein Erziehungsrecht, antasten. Den kultusministeriellen Erlaß über den Schulerrat haben wir bereits erwähnt. Den Erlaß über den Religionsunterricht unterbreiten wir den Eltern und Erziehern, um sie zu fragen, ob sie gesonnen sind, ungefragt einen solchen Eingriff in ihre kostbarsten Rechte hinzunehmen. Nach der „Germania" lautet der Erlaß im wesentlichen:

„1. Das Schulgebet hat in sämtlichen Schulen vor und nach dem Unterricht fortzufallen. 2. eine Verpflichtung der Schüler seitens der Schule zum Besuch von Gottesdiensten und andern religiösen Veranstaltungen ist unzulässig. Gemeinsame religiöse Feiern und Abendmahlsbesuche dürfen nicht mehr veranstaltet werden. Keine Schulfeier darf mehr religiösen Charakter tragen. 3. Religionslehre ist kein Prüfungsfach mehr. 4. Kein Lehrer ist mehr verpflichtet zur Erteilung von Religionsunterricht oder zu irgendwelchen kirchlichen Verrichtungen, auch nicht zur Aufsicht beim Gottesdienst. 5. Kein Schüler darf mehr zum Besuch des Religionsunterrichtes gezwungen werden. Bei Schülern unter 14 Jahren entscheiden die Eltern und Vormünder, für Schüler über 14 Jahren entscheiden die allgemeinen Bestimmungen. 6. Unzulässig ist die Aufgabe häuslicher Arbeiten für den in der Schule erteilten Religionsunterricht. — Wenn Lehrer sich weigern, Religionsunterricht zu erteilen, so sollen andere ihn erteilen, sonst die Geistlichen. Weigern sich auch diese, dann sollen die freiwerdenden Stunden mit geschichtlichem und naturwissenschaftlichem Unterricht oder mit Turnspielen ausgefüllt werden. Hinzugefügt wird in der Verfügung, daß dem kirchlichen Unterricht keine Beschränkungen auferlegt werden."

Wir geben hierzu der national-liberalen „Köln. Ztg." das Wort. Sie schreibt:

„Die Raumnot verbietet uns, auf die Einzelheiten einzugehen. Wir wissen aber den sozialdemokratischen unserer Leser so weit entgegenkommen, daß wir alle Forderungen des jüngsten Kulturerlasses einmal als annehmbar betrachten. Dann fragen wir aber: Haben die Herren Adolf Hoffmann und Hänisch das Recht, Dinge, über die in Deutschlands letzter großer Zeit — wir meinen die Zeit von 1848 bis 1918 — die erleuchtetsten Geister des Volkes sich zu allseitiger Zufriedenheit nicht einigen konnten, durch einen Federstrich aus dem Herzen von ungezählten Millionen einfach auszustreichen? Von den Erlassen der Herren hoffen wir, daß sie so kurzlebig sein werden wie ihr ganzes Kultusministerium — so heißt es ja wohl? — Freilich, das bekannte Tier im Porzellanladen kann in einer Viertelstunde mehr Schaden anrichten, als vernunftbegabte Wesen in vielen Jahren wieder gutmachen können. Das Wort möge doch endlich die berufene Vertretung des deutschen Volkes haben. Wird die Nationalversammlung mutwillig hinausgeschoben, so ist die Reihe an den noch durch kein gültiges Gesetz abgeschafften Vertretungen des Deutschen Reiches und Preußens. Warum treten Reichstag und Abgeordnetenhaus nicht zusammen, um dem Unfug des jetzigen Kultusministeriums zu steuern?"

Der Putschversuch in Berlin.

Treibereien der Spartakusleute.

hb **Berlin**, 7. Dez. Die Vorgänge, die sich in den gestrigen Nachmittagsstunden in Berlin abspielten, sind wie der „Vorwärts" schreibt, nicht nur aufs tiefste zu beklagen, sondern auch aufs schwerste zu verurteilen. Es ist notwendig, sie restlos aufzuklären und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen. Der Straßenkampf erklärt sich aus den gewissenlosen Treibereien der Spartakusleute und der Erbitterung von Neunzehntel der in Berlin anwesenden Soldaten über dieses Treiben. Wenn die Spartakusleute mit der Beschuldigung kommen werden, die Regierung lasse auf das Volk schießen, so ist darauf zu erwidern, daß in der Chausseestraße Volk auf Volk geschossen hat, denn die Soldaten sind doch schließlich auch Volk. Die Soldaten haben den strengen Befehl von der Kommandantur, die Waffen nicht zu benutzen, es sei denn, daß sie in der Notwehr handeln. Die Soldaten versichern, daß sie sich tatsächlich in der Notwehr befunden haben. In keinem Fall sind sie blinde Werkzeuge höherer Macht, sondern sie sind freie Bürger der Republik, die niemand zwingt, unschuldiges Blut zu vergießen.

In der „Voss. Ztg." heißt es: Die Arrangeure der Spartakusgruppe haben gestern einen Putsch in Szene zu setzen versucht. Sie verleben sozusagen ihre Anhänger mit Waffen und Munition. Ihr Ziel ist einen Gewaltstreich durchzuführen, der sie in den Besitz der unbeschränkten Macht, zunächst von Berlin, bringen soll. Die gestrigen Vorgänge dürften ihnen allerdings gezeigt haben, daß ihre Rechnung nicht ganz stimmt. Sie werden zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes, auch der Soldat, nicht gewillt ist, die Errungenschaften der demokratischen Revolution an die Gewaltherrschaft der Minderheit zu verlieren.

Das „Berl. Tagebl." sagt noch: Die blutigen Krawalle sind anscheinend durch Pläne und Unternehmungen der Spartakusleute und der mit ihnen verbündeten Elemente verursacht worden, deren Ziel der Sturz der Regierung Ebert-Haase ist. Der Versuch ist gescheitert, denn man hatte rechtzeitig Vorbereitungen treffen können. Es hat sich wieder gezeigt, daß die große Mehrheit der Soldaten auf der Seite der Regierung steht und in der neuen Republik die Ordnung schützen will. Trotzdem dürfte es höchste Zeit sein, Zustände zu schaffen, in denen solche unglücklichen Ereignisse nicht erst eintreten und in denen das Schicksal der Regierung, der Stadt Berlin und des Reiches nicht immer wieder von dem Ausgang eines Straßenkampfes abhängig ist.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Das Wolffbureau verbreitet heute über die Zusammenstöße in der Chausseestraße und Invalidenstraße folgende Nachricht: Der ganze Vorgang ist auf Befehl des Generalkommandos der Gardetruppen zurückzuführen. Das Generalkommando gab an der Füsilierkaserne den Befehl, daß die Mannschaften alarmbereit auf die Straße gehen und die Demonstranten vor den Germania- und Sophiensälen zerstreuen sollten. Dem gegenüber wird festgestellt, daß von seiten des Generalkommando des Gardekorps weder Befehl noch Weisung an die Berliner Truppen gegeben wurde, die deren Verhalten bei den gestrigen Vorgängen irgendwie beeinflußt hätten. Im übrigen ist das Generalkommando des Gardekorps für solche Anordnungen auch nicht zuständig. Auch das Kriegsministerium steht diesen Vorgängen vollkommen fern. Der Kriegsminister: Scheuch, der Unterstaatssekretär Göhre.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Wie der „Abend" meldet, zog heute nachmittag ein großer Zug Demonstranten mit einem Automobil und Maschinengewehren unter Führung Liebknechts durch die Straße Unter den Linden. Vor jedem öffentlichen Gebäude hielt der Zug und Liebknecht hielt Reden gegen Scheidemann und Genossen. Als die Menge die Bibliothek stürmen wollte, machte die Sicherheitswache ihre Maschinengewehre bereit. Daraufhin stob die Menge mit dem Rufe: „Nicht schießen" auseinander. Vor der Kommandantur staute sich eine nach Tausenden zählende Menge. Liebknecht brach in Verwünschungen gegen den Kommandanten Wels aus. Ein anderer Redner forderte die Menge auf, sich zu bewaffnen und Wels und die Scheidemänner zu verjagen. Zu einem Angriff auf die Kommandantur kam es aber nicht.

WTB **Berlin**, 8. Dez. Die für heute angesagten Kundgebungen sind nach den bis 2 Uhr nachmittags vorliegenden Meldungen ruhig verlaufen. Es regnet.

Thyssen und Stinnes wegen Landesverrats verhaftet.

WTB **Köln**, 8. Dez. Der „Kölner Generalanzeiger" meldet aus Mülheim (Ruhr): Unter der Anschuldigung des Landesverrats, angeblich begangen durch den Versuch, die Entente zu einer Besetzung des Industriegebiets zu bestimmen, wurden in der vergangenen Nacht nach stundenlangem Verhör vom Arbeiter- und Soldatenrat Mülheim die Großindustriellen August Thyssen, Fritz Thyssen jun. und Edmund Stinnes, sowie die Direktoren Herrle, Becker, Wirtz, Kommerzienrat Küchen und Bergassessor Stens verhaftet. Die Festgenommenen wurden nach Münster gebracht und werden von dort wahrscheinlich nach Berlin geschafft, wo sie sich verantworten sollen.

WTB **Mülheim** (Ruhr), 8. Dez. Die Firma Thyssen u. Co., A.-G., hat an den Rat der Volksbeauftragten zu Händen des Reichskanzlers Ebert folgendes Telegramm gerichtet: „Gestern abend sind die Herren Aug. Thyssen und Fritz Thyssen sowie die Direktoren unserer Firma, Dr. Roser, Dr. Herrle und Becker, verhaftet und nach Berlin transportiert worden, angeblich unter der Beschuldigung einer am Donnerstag, den 5. Dezember, in Dortmund stattgehabten Versammlung beigewohnt zu haben, worin darüber beraten sein soll, die Entente zur Besetzung des Industriegebiets herbeizurufen. Demgegenüber stellen wir fest, daß keiner der Genannten der angeblichen Dortmunder Sitzung beigewohnt hat. Sie haben sich vielmehr, wie jederzeit nachzuweisen, am Donnerstag an verschiedenen anderen Orten aufgehalten. Wir müssen deshalb gegen die widerrechtliche Freiheitsberaubung der vorgenannten Herren entschieden Einspruch erheben und bitten dringend, deren unverzügliche Freilassung zu veranlassen, die durch ihre Abwesenheit zumal in den heutigen schwierigen Zeiten eine schwere Schädigung unserer Werke und ihrer Arbeiterschaft unausbleiblich ist. Thyssen u. Co., A.-G."

Wie Wolffs Telegraphen-Bureau hierzu aus zuverlässiger Quelle erfährt, waren am vergangenen Donnerstag, an welchem Tag die oben erwähnte Versammlung in Dortmund stattgefunden haben soll, Herr August Thyssen in Osnabrück in der Georg Marienhütte-Generalversammlung, wie auch in allen größeren Zeitungen gestanden hat; Herr Fritz Thyssen den ganzen Tag in Hamborn-Bruckhausen bei der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser", Herr Direktor Dr. Roser und Herr Dr. Herrle bei ihrer gewohnten Tätigkeit auf den Werken in Mülheim-Ruhr, Herr Direktor Becker zu einer Besprechung in Duisburg und im übrigen in Mülheim an der Ruhr. Es kann selbstverständlich zu jeder Stunde durch einwandfreie Zeugen bewiesen werden.

WTB **Essen**, 7. Dez. Das Direktorium der Firma Friedr. Krupp Akt.-Ges. hat folgendes Telegramm nach Berlin an den Volksbeauftragten Herrn Ebert gesandt: „Am 4. Dezember ist neben anderen Essener Bürgern das Mitglied unseres Direktoriums, Herr B., auf Anordnung des ASR. vorübergehend in Haft genommen worden. An den Folgen des Vorfalles liegt er noch heute krank. In der Presse hat der ASR. nachträglich bekannt gegeben, er habe Herrn B. verhaften lassen als Geisel zur Sicherung seiner Mitglieder, die sich zur selben Zeit zu einer Besprechung mit dem hier in Quartier liegenden Divisionär begeben hatten. Der ASR. hat es abgelehnt sich wegen dieses Vergehens bei Herrn B. zu entschuldigen. Wir legen gegen ein derartiges, völlig unberechtigtes Eingreifen in die persönliche Freiheit des einzelnen Bürgers scharfe Verwahrung ein und bitten, schleunigst Sicherungen gegen die Wiederholung solcher Vorfälle zu schaffen. Werden die Mitglieder unseres Direktoriums oder unsere leitenden Beamten, die gegenwärtig mit Arbeit stark überlastet sind, in ähnlicher Weise in ihrer Tätigkeit oder Arbeitsmöglichkeit behindert, so sind schwere wirtschaftliche Schädigungen für das Kruppsche Werk und die beschäftigte Arbeiterschaft unausbleiblich."

Die Neuordnung in Deutschland

Die Entente fordert die Auflösung der A.- und S.-Räte.

hb **Berlin**, 8. Dez. **Wie wir zuverlässig erfahren, bestätigt sich die Meldung, daß die Entente die Auflösung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte fordern wird. Eine diesbezügliche Note der Entente steht unmittelbar bevor. Die bayerische Gesandtschaft in der Schweiz hat bereits eine dahingehende Erklärung seitens der Entente-Vertreter erhalten. Die Entente lehnt nicht nur jede Verhandlung mit den A.- und S.-Räten ab, sondern, wie wir zuverlässig erfahren, auch mit der gegenwärtigen Regierung, die sie als einseitige sozialistische Regierung nicht als legitimiert anerkennt. Die Entente-Vertreter haben seit Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen bis auf den heutigen Tag nur mit den Mitgliedern der Waffenstillstandskommission verhandelt, die sie als von einer ordnungsmäßigen Regierung bestellt, allein legitimiert anerkennt.**

Die Regierungen der Entente vermeiden jeden diplomatischen Verkehr mit der Reichsregierung.

hb **Berlin**, 8. Dez. **Die Regierungen der Entente haben, wie das „Berl. Tagebl." hört, seit 4 Wochen, also seit Beginn der Revolution, jeden direkten diplomatischen Verkehr mit der Reichsregierung oder mit einzelstaatlichen Regierungen Deutschlands vermieden. Auch eine Mitteilung darüber, daß die Entente die deutsche Schiffahrt in der Ostsee nicht mehr zulassen werde, ist in Berlin nicht eingegangen, wohl aber hat man die dänische Regierung davon amtlich benachrichtigt.**

Proklamierung des Generalstreiks durch den Spartakus-Bund.

hb **Berlin**, 7. Dez. Der Spartakus-Bund proklamierte heute den Generalstreik. Die Parole fand jedoch in den meisten Betrieben keine Beachtung. Am stärksten wirkte die Aufforderung bei der Arbeiterschaft der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, die die Fabriken verließen und sich zur Beteiligung an den Demonstrationen auf die Straße begaben. Der geschlossene Zug, dem ein Matrose mit einer breiten roten Fahne voranschritt, traf an der Siegessäule mit anderen kleineren Gruppen, die vom Potsdamer Platz und Spittelmarkt herankamen, zusammen. Es wurden Hochrufe auf Liebknecht ausgebracht. An den Denkmälern vor dem Kemper Wäldchen, an dem Denkmal Ottos III. und Johannes I. wurden Maschinengewehre mit Bedienungsmannschaften aufgestellt. Die Straßenbahnwagen, deren Mannschaften Flugblätter verteilten, mußten alle beiseite Automobile mit Maschinengewehren.

Trennung von Kirche und Staat.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Dem Erzbischof von Köln ist von der preußischen Regierung auf die bei ihr eingelegte Verwahrung gegen die Trennung von Staat und Kirche geantwortet worden, daß wegen dieser Frage zunächst nur allgemeine Erwägungen im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattfinden. Sollte die Angelegenheit festere Gestalt gewinnen, so würde zunächst die preußische Regierung damit befaßt werden müssen.

Der Waffenstillstand.

Verlängerung des Waffenstillstandes.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Das französische Oberkommando ersuchte die deutsche Oberste Heeresleitung um Bezeichnung von Bevollmächtigten zur Verlängerung des Waffenstillstandes. Die Zusammenkunft könnte am 12 oder 13. Dez. vormittags in Trier stattfinden. Der Vorsitzende der Waffenstillstandskommission, Staatssekretär Erzberger.

Widerrechtliche Verkehrsverhinderungen.

WTB **Berlin**, 8. Dez. Marschall Foch hat gestern der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung übergeben:

„Der Lebensmittelverkehr von der von den alliierten Armeen besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen diesen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blockade Deutschlands, die in dem Waffenstillstandsabkommen vorgesehen ist. Den Armeen sind Instruktionen gegeben worden bezüglich der über die Personen-, Telegraphen- und Telephonverbindungen im Rheinland auszuübenden Kontrolle."

Diese Entscheidung steht mit dem Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens (Artikel 6 und Art. 26) in Widerspruch. Die deutsche Regierung wird auf diplomatischem Wege und durch die Waffenstillstandskommission Protest hiergegen einlegen.

Ein französischer General in Berlin.

hb. **Berlin**, 7. Dez. Der gestern hier eingetroffene französische General Dupont begab sich heute ins Kriegsministerium, wo er längere Zeit verblieb.

Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen zur See.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Von dem Fortgang der Waffenstillstandsverhandlungen zur See und ihren Ausführungen erfahren wir von zuständiger Stelle 1. Die Vollmacht des Admirals Beatty ist bis auf die Frage der Internierung der Schiffe auf Admiral Browning übergegangen. Die Kommission des Admirals Browning begibt sich in diesen Tagen nach Hamburg, um die in deutschen Händen befindlichen Handelsschiffe der Entente zu besichtigen. Diese englische Kommission besteht aus 6 Mitgliedern. Die Alliierten verlangen nicht nur die Rückgabe aller in Deutschland internierten Schiffe, sondern auch aller Schiffe, die durch Prisengerichte rechtskräftig zur Einziehung verurteilt worden sind. Nach den Bestimmungen des Völkerrechts sind diese Schiffe deutsch. Es ist daher gegen das Verlangen ihrer Auslieferung protestiert worden. Admiral Browning hat aber jede Erörterung einer Rechtsfrage abgelehnt und verlangt Ausführung seiner Forderung. Die Abgabe aller feindlichen Handelsschiffe soll zur England und Belgien in Tune, für Frankreich in Dünkirchen erfolgen. Die Schiffe sollen mit Proviant und Kohle ausgerüstet, nichtfahrbereite Schiffe und Segelschiffe von deutschen Schleppern übergeführt werden. Der Rücktransport der Besatzungen soll von deutscher Seite ausgeführt werden.

2. Trotzdem für die Ablieferung der Handelsschiffe kein Termin vorgesehen war und obwohl eine Klärung der Lage durch Schuld des Gegners verzögert ist, verlangt die englische Kommission die Rückgabe sämtlicher Handelsfahrzeuge bis zum 17. Dezember. Gegen diese unerhörte Forderung ist von deutscher Seite Protest eingelegt worden.

3. Die Kommission zur Besichtigung der Kriegsschiffe beginnt in Wilhelmshaven am 6. Dez. ihre Tätigkeit. Sie besteht aus Offizieren der deutschen, amerikanischen, französischen und japanischen Marine. Bemerkenswert ist, daß die Entente unbedingt fordert, daß, sobald die Unterbringungsverhältnisse an Land es gestatten, sämtliche Kriegsschiffe ganz außer Dienst gestellt, die Besatzungen an Land untergebracht werden.

4. Eine ganz neue Forderung der Entente stellt das Verlangen dar, nach den neuesten Quellen eine Liste aller fertigen und im Bau befindlichen Kriegsschiffe, einschließlich Flugfahrzeuge und Hilfskriegsschiffe sowie aller fertigen oder im Bau befindlichen U-Boote, die jetzt in deutschen Marinehäfen liegen, zu übergeben. Ferner innerhalb 49 Stunden eine Mitteilung, bis wann der Panzerkreuzer „Madensen" zum Geschlepptwerden nach einem bestimmten Hafen bereit sein wird. Ferner soll eine Erklärung abgegeben werden, daß bei Abschließung des Waffenstillstandsvertrages keine deutschen Handelsschiffe mit irgend einer neutralen Flagge übergeführt worden sind. Weiter wird einer Besichtigung von Friedrichshafen wegen der dort liegenden Luftstreitkräfte verlangt. Diese Forderung geht weit über die Festsetzung des Waffenstillstandsvertrages hinaus.

Englische Kommission für die Lebensmittelfrage.

WTB **London**, 7. Dez. Reuter erfährt, daß auf der Londoner Konferenz auch die Errichtung einer Kommission besprochen wurde, die die Frage der Lebensmittelversorgung der verschiedenen Länder, die durch den Krieg gelitten haben, untersucht und darüber Bericht erstatten soll.

Um den Frieden.

Abschluß eines beschleunigten Friedens.

hb **Berlin**, 7. Dez. Der „Tag" meldet: Die Alliierten haben dem beschleunigten Abschluß des Präliminarfriedens mit Deutschland zugestimmt. Die Voraussetzung ist die Annahme eines Vertrages, der innerhalb zweier Monate durch eine deutsche Volksvertretung auf Grund des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts erfolgen muß, bis die Vorfriedensbedingungen, welche nach Eintreffen Wilsons in Paris festgestellt und unverzüglich nach Deutschland weitergegeben werden, aufgesetzt sind.

Das Deutsche Reich hat ein Interesse daran, so schnell als möglich Frieden zu schließen. Falls uns selbst von der Entente die Möglichkeit gegeben wird, in beschleunigte Vorfriedensverhandlungen zu treten, so kann uns das nur willkommen sein. Wir setzen natürlich voraus, daß die Entente uns die Gelegenheit zu Verhandlungen bietet und uns nicht den Frieden diktieren wird in einer Form, die uns zur Annahme ihrer Vorschläge kurzerhand zwingt. Der Ablauf des Waffenstillstandes steht bevor. Es versteht sich von selbst, daß wir alle Bedingungen, die zu seiner Verlängerung notwendig sind, übernehmen müssen, wenn wir eine Okkupation deutschen Gebietes verhindern wollen. Die Ge-

ahr liegt nahe, daß die Entente unsere Zwangslage benutzen wird, um ihre Absicht mit Gewalt durchzudrücken. Die Vernunft rät freilich auch den feindlichen Staatsmännern, dem besiegten Feinde gegenüber den Bogen nicht zu straff zu spannen. Die Frage ist nur, ob die Ententeführer die moralische Kraft haben, sich von ihren übergespannten Wünschen einer kurzsichtigen materiellen Politik freizumachen. Man darf auch nicht übersehen, daß die Entente ihr Entgegenkommen von einer sehr wichtigen Voraussetzung abhängig machte. Sie verlangt, daß eine auf Grund des allgemeinen und geheimen Wahlrechts erwählte deutsche Volksvertretung dem von ihr vorgeschlagenen Vertrage zustimmt, bevor damit sich die Vorfriedensbedingungen in großen Linien entwickeln wird.

Die Regierung wird also genötigt sein, entweder den alten Reichstag, der die Bedingungen erfüllen würde, in dieser Frage heranzuziehen, oder die Wahlen zur Nationalversammlung früher als zum 16. Februar anzuberaumen. Bayern beruft seine Landesversammlung zum 12. Januar ein. Wir sehen kein Hindernis, daß auch das Reich diesen Termin für die Wahlen festlegt.

England und die Dominions fordern von Deutschland 8 Milliarden Pfund.

WTB **London**, 7. Dez. „Daily Mail" erfährt, Lloyd George werde heute mitteilen, daß England und die Dominions von Deutschland eine Geldentschädigung von 8 Milliarden Pfund verlangen werden. Diese Zahlung würde eine Herabsetzung der Steuern um 400 Millionen jährlich ermöglichen. Die Forderung wurde von einer Kommission unter dem Vorsitz des australischen Premierministers Hughes gestellt.

Wilson gegen Ersatz der Kriegskosten.

* **Rotterdam**, 7. Dez. Die „Köln. Ztg." meldet: Wie die „Times" aus Neuyork meldet, erklärte Lansing am Montag im Anschluß auf eine Anfrage mehrerer Senatoren, Amerika könne keinesfalls die Forderung auf Rückerstattung der Kriegskosten der Alliierten durch den Feind dulden. In keinem Falle dürfte der Präsident Wilson eine solche Politik mitmachen.

Die Beschlüsse der Londoner Konferenz.

* **Haag**, 7. Dez. Wie das „Nieuwe Hollandsche Bureau" aus London wissen will, ist auf der Londoner Konferenz über folgende sieben Punkte eine Entscheidung getroffen worden: 1. Verlängerung des Waffenstillstandes, 2. Auslieferung des Kaisers, 3. Entschädigungen durch Deutschland, 4. französische und englische örtliche Interessen, 5. Bildung von neuen Staaten mit Bezug auf die polnischen, süddeutschen (!), serbischen, belgischen, rumänischen und tschecho-slowakischen Wünsche, 6. Nahrungsmittel und Schiffahrtsfragen, Reorganisation und Verteilung der Rohstoffe, 7. allgemeine Friedenskonferenz.

Die Entente fordert eine geordnete deutsche Regierung.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Aus dem neutralen Ausland wird den einseitigen Aeußerungen berichtet, Wilson und die Entente würden nur mit einer deutschen Regierung verhandeln, die sich auf das in ordentlichen Wahlen kundgegebene Vertrauen des Volkes stütze. Eine Note dieses Inhalts sei in Vorbereitung.

Polen auf der Friedenskonferenz.

WTB **London**, 7. Dez. Reuter erfährt, daß Balfour dem Vertreter des polnischen Nationalkomitees, Sobanski, mitgeteilt hat, daß nach der Ansicht der britischen Regierung Polen auf der Friedenskonferenz vertreten sein muß, wenn die Polen betreffenden Fragen zur Sprache kommen.

Das unversöhnliche Frankreich.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Ein anschauliches Bild der unversöhnlichen Stimmung in Frankreich geben nachstehende Presseäußerungen: „Radicale" schlägt die Stellung der deutschen Schuldenverwaltung unter eine Kommission der Alliierten vor, wie bei der Türkei. Der „Temps" schreibt: Die deutsche Revolution und die Nationalversammlung sind unwichtig für die Alliierten; wichtig ist ein rascher Präliminarfrieden, ohne die Konsolidation Deutschlands abzuwarten, da die deutsche Wirtschaftskrise ausgenützt werden muß. „La Victoire" fordert die Ausweisung aller deutschen Beamten und Industriellen aus Elsaß-Lothringen und den Verfall der deutschen Industrieanteile an Frankreich ohne Entschädigung. „Gaulois" fordert die Annexion des Saarbeckens und bemerkt, daß das linke Rheinufer von keinem deutschen Soldaten mehr betreten werden dürfe. Ebenso fordert „Petit Parisien", daß mindestens der Rhein die militärische Grenze Frankreichs werden müsse.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Die französische Presse ergeht sich auch fernerhin in geradezu ungeheuerlichen Forderungen. So fordert der „Radical", daß eine breite Zone zwischen Elbe und Rhein und längs der tschechischen Grenze errichtet werden solle, in der nur eine Polizeitruppe sein dürfe. Der Rhein müsse Frankreichs Grenze werden. Das Gebiet solle auf 100 Jahre von Frankreich gepachtet werden, bis die deutsche Mentalität sich geändert habe. Die rheinische Bevölkerung solle bei Rückgabe des Landes abstimmen und würde dann wohl für Frankreich stimmen. „Libre Parole" bekämpft eine Stärkung der deutschen Industrie zwecks Zahlungsfähigkeit für Kriegsschulden. Statt dessen wird die Blockierung von Kunstschätzen aus unserm Mobiliar, aus Schlössern und Hotels, sowie die Abgabe von Gold und Silber, Kohle, Kupfer und Baumaterial vorgeschlagen, ferner die Abgabe aller deutschen Rohstoffe des Bodens und der Industrie um den Alliierten weitgehendste Ausdehnung ihres Handels zu gestatten. Für den Rest der Kriegsentschädigung wird die Besetzung deutscher Provinzen und die Auferlegung von Kontributionen gefordert.

WTB **Bern**, 7. Dez. Laut „Petit Parisien" hat in der Kammer anläßlich der Gesetzesvorlage über die Bergwerkskrise in Frankreich die Kohlenfrage im Hinblick auf den Frieden eingehend vom Minister Loucheur erläutert. Dieser erklärte, die Kohlenfrage sei die Grundlage der ganzen Industrie Frankreichs. Der wichtigste Artikel des Friedensvertrages werde diese Frage zu behandeln haben. Vor dem Kriege hatte Frankreich ein Defizit von 23 Millionen Tonnen jährlich, jetzt betrage es 40 Millionen Tonnen. Infolge der Verwüstungen in den Kohlenbergwerken Nordfrankreichs werde die Minderproduktion 20 Millionen Tonnen jährlich ausmachen. Frankreich müsse im Friedensvertrag den Grundsatz der Entschädigung und Wiedergutmachung anwenden. Der französische Staat werde in jenen Bergwerken Aktionär werden, an denen früher der deutsche Staat finanziell beteiligt gewesen sei.

Bilder von der feindlichen Besetzung.

WTB **Brüm**, 7. Dez. Seit Montag ziehen hier, aus Luxemburg kommend, amerikanische Truppen durch. Die zweite Division ist bereits durchmarschiert. Heute beginnt die 42. amerikanische Linien-Division ihren Durchmarsch in Richtung Koblenz. Die hiesige Besatzung ist im Kölnischen Konvikt-Gymnasium und den benachbarten großen Wohnungen untergebracht. Die Amerikaner benehmen sich sehr ruhig. Sie verlangen nur die Abgabe der Waffen und lassen das Alltagsleben ungestört.

WTB **Stolberg**, 7. Dez. Die hiesige Besatzung besteht aus Amerikanern, Belgiern und Engländern. Eine Unterbrechung des Fernsprechverkehrs ist nicht beabsichtigt, da dem Personal aufgegeben wurde, auf dem Posten zu verbleiben. Ein Vertreter der Aachener Presse wurde von Oberst Gracia empfangen mit der Aufforderung, es zu veröffentlichen. Folgendes wurde gesagt: Wir sind hier, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, die Bürger und die Stadt zu schützen und Plünderungen und Verbrechen zu verhindern. Meine Anordnungen sind streng, und ich verlange strengste Befolgung. Alles hängt von dem Verhalten der Bevölkerung ab; ist es gut, dann werden schon bald Erleichterungen eintreten.

WTB **Frankfurt a. M.**, 8. Dez. Die Frankfurter Ztg." meldet: Das französische Parlamentär-Kommando in Frankfurt a. M. in Stärke von 12 Offizieren und 25 Mann trifft heute in Mainz ein. Die militärischen Verhandlungen leitet Generalmajor von Simonis vom Generalkommando.

WTB **Bonn**, 8. Dez. Heute mittag kurz nach 12 Uhr trafen als Spitze der englischen Besatzungstruppen, etwa 150 Mann Kavallerie, hier ein, die die Rheinbrücke besetzten. Die Offiziere begaben sich ins Rathaus, wo der englische General eine Besprechung mit dem Oberbürgermeister hatte. Bonn wird das Hauptquartier einer englischen Division werden. Im ganzen werden 1500 bis 1600 Mann nach hier kommen. Außer den allgemeinen bekannten Bestimmungen, wie sie in anderen einverleibten Staaten erlassen worden sind, wurde nichts Besonderes verfügt.

WTB **Köln**, 7. Dez. Heute nachmittag kamen 4500 Mann englischer Infanterie in den westlichen Vororten Kölns an und besetzen Privatquartiere. Die Einquartierung genommen. Öffentliche Gebäude wurden nicht benutzt.

* **M.-Gladbach**, 7. Dez. Im hiesigen Bezirk herrscht unter der belgischen Besatzung völlige Ruhe und Ordnung. Die Anfragen dürfen in deutscher Sprache erscheinen.

Deutsches Reich.

Der Zusammenbruch unseres Ernährungssystems.

bb Der „Vorwärts" schreibt: Die „Voss. Ztg." brachte Donnerstag abend ausnahmsweise eine Note, die das Ernährungsamt an das Auswärtige Amt gerichtet hat, und in der festgestellt wird, daß etwa im Februar Deutschland seine Vorräte an Lebensmitteln aufgezehrt haben wird. Wie wir dazu aus bester Quelle erfahren, gibt diese Note tatsächlich den wirklichen Standpunkt unserer Ernährungsverhältnisse wieder. Die alte Regierung hat über unsere Vorräte Berichte gegeben, die den Tatsachen nicht entsprochen haben. Es haben sich Fehlbeträge bis zu einer Million Tonnen ergeben. Durch die politischen Umwälzungen ist die Lage noch übler geworden.

Gesetzesvorlagen der „Volksbeauftragten".

bb In der nächsten Woche wird durch das Reichsarbeitsamt dem Rate der Volksbeauftragten ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, der den Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer Gesetzeskraft verleihen wird. Die Veröffentlichung des Entwurfes ist erst zu erwarten, wenn die Vorlage den Rat der Volksbeauftragten passiert haben wird. Man darf wohl annehmen, daß die Grundsätze der Arbeitsgemeinschaft, die zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen vereinbart worden sind, die Basis des neuen Gesetzes bilden werden.

Im Reichsarbeitsamt wird eine Verordnung ausgearbeitet, welche die Reichsverbindlichkeit der Tarifverträge, des Einigungswesen über Arbeitsstreitigkeiten sowie die Bildung von Ausschüssen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben für das ganze Reich einheitlich regelt. Die Beratungen für diese Verordnung sind nahezu abgeschlossen, so daß die Veröffentlichung in nächster Zeit zu erwarten steht. Es empfiehlt sich, bis dahin Neubildungen und Neuwahlen von Arbeiterausschüssen zu unterlassen.

Ausland.

Attentat.

WTB **Lissabon**, 7. Dez. (Havas.) Auf den Präsidenten der Republik wurde von einem Unbekannten ein Revolverschuß abgefeuert; der Präsident blieb unverletzt, der Täter wurde verhaftet.

Allgemeine politische Nachrichten.

Warnung vor dem Bolschewismus.

WTB **London**, 7. Dez. Der holländische Gesandte in Petersburg, Oudendyk, ist in London eingetroffen, wo er von dem Vertreter des Russischen Büros interviewt wurde. Er warnte die Arbeiter aller Länder vor dem Bolschewismus, der das Ende der Zivilisation bedeute. Die arbeitenden Klassen Rußlands hätten nie schlechter dagestanden als jetzt. Die Fabriken seien ruiniert und konnten ohne irgendwo Kapital nicht wieder hoch kommen. Korruption und Tyrannei seien unglaublich. Als er vor drei Wochen Petersburg verließ, herrschte dort eine große Hungersnot. Es sei unmöglich, über die Zukunft etwas vorauszusagen.

Aufruf an das werktätige Volk.

WTB **Berlin**, 7. Dez. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände wendet sich mit folgendem Aufruf an das werktätige Volk Deutschlands:

Was kann uns retten? Uns allen droht der Untergang! Die unerhörten feindlichen Waffenstillstandsbedingungen, die überhastete Demobilmachung schädigten das Räderwerk unserer Wirtschaftsmaschine aufs schwerste. Arbeitsgeist und Ordnungssinn sind gelähmt. Viele verharren in Untätigkeit. Der Ueberfüllung der Großstädte steht der Arbeitermangel in den Industriebezirken und in der Landwirtschaft gegenüber. Arbeitermangel herrscht im Bergbau; die Fabriken müssen feiern; wir müssen frieren, und warme Nahrung und Wohnung entbehren. Arbeitslose, helft Kohle fördern! Arbeitermangel herrscht in der Eisen- und Stahlindustrie. Das Eisen ist das Rückgrat des Erwerbslebens. Ohne eisernen Pflug und Spaten keine Ackerbestellung, keine Ernte, daher keine Nahrung. Ohne eiserne Maschinen keine Textilindustrie, daher keine Kleidung. Ohne eiserne Werkzeuge und Geräte keine Bautätigkeit, daher keine Wohnung. Ohne Eisen keine Lokomotiven, keine Eisenbahnwagen und keine Schiffe, daher kein Verkehr. Arbeitslose, helft uns Eisen schaffen! Arbeitermangel herrscht vielerorts im Transportgewerbe. Das Transportgewerbe ist das Triebrad des Volkslebens. Unsere Verkehrsmittel sind abgenutzt. 5000 Lokomotiven und 150 000 Güterwagen nahm die Entente weg. Mit dem verbliebenen Rest müssen wir gut wirtschaften. Ohne schnelle Entladung kein geregelter Güterumlauf. Arbeitslose, helft den Güterverkehr beschleunigen! Arbeitermangel herrscht in der Land- und Forstwirtschaft. Die Landwirtschaft ist unsere Nährmutter. Kartoffeln liegen noch in der Erde und drohen zu verderben. Dem Wildreich fehlt die Aesung, das Getreide bleibt ungedroschen, und das in einer Zeit größter Nahrungsmittelknappheit. Bäume werden nicht gefällt, es fehlt an Bau-, Brenn- und Grubenholz. Arbeitslose, geht in die Land- und Forstwirtschaft!

Der Ausgleich der Arbeitskräfte ist das Gebot der Stunde. Arbeitslose bleibt nicht in den Großstädten. Arbeitsgelegenheit wird noch lange fehlen, weil die Roh- und Hilfsstoffe nicht herankommen und Aufträge ausbleiben! In die überfüllten Fabriken der Großstädte strömen jetzt die Heimkehrer hinein, die ein Recht auf ihren alten Platz haben. Arbeiter, ihr habt euer Schicksal in der eigenen Hand! Wer arbeitet, hilft sich selbst und seinen Volksgenossen, wer nicht arbeitet, versündigt sich an der Allgemeinheit und schadet sich selbst.

Noch nie in seiner Geschichte war das deutsche Volk auf Gedeih und Verderben so auf gemeinsame Arbeit angewiesen, wie in den nächsten Wochen und Monaten. Volksgenossen, erkennt und übet wahre Solidarität! Stärkt den Arbeitswillen und das Verantwortungsbewußtsein, sonst macht ihr euch mitschuldig an dem Untergang unseres Volkes. Arbeitslose, meldet euch bei den Arbeitsnachweisen und holt euch Rat bei den Demobilisierungsausschüssen in den Stadt- und Landkreisen. Bei Arbeitswechsel ist freie Eisenbahnfahrt aus öffentlichen Mitteln gewährleistet.

Provinzielles.

* **Aus der Westfälischen Zentrumspartei.** Die Provinzialvertretung der westfälischen Zentrumspartei tritt am Donnerstag, 12. Dez., vormittags 10½ Uhr, in Hamm im katholischen Vereinshause zu einer Sitzung zusammen. Einziger Punkt der Tagesordnung ist die Stellungnahme zur Gründung einer rheinisch-westfälischen Republik. Zu dieser der Provinzialvertretung werden dringend alle Mitglieder an der wichtigen Sitzung vollzählig und pünktlich teilnehmen.

* **Dorsten**, 7. Dez. Ein Barbier, der hier große Erbitterung wachgerufen hatte, weil er den Kaiserpreis ein Wucherpreis, der hiesigen Arbeiterschaft, die ihn aber nicht wollte, wurde von dem dortigen Rate der Arbeiter- und Soldatenräte aufgefordert, zu fahren. Der Barbier weigerte sich, mit dem Hinweis, zum Fahren zu taugen, sei dem Schuhmacher Gerd gelungen, er doch nicht zu fahren. Darauf hin bei der Wohnung seine Opfer, wurde drei Schüsse hinter dem Wagenführer, aber ihn glücklicherweise nicht trafen. Als der Barbier sich bei den Arbeitern und Soldaten entschuldigen wollte, wurde ihm mitgeteilt, der Wagenführer habe seine Genehmigt. — Wenn ihnen an sich ist ein ganz lächerliches Spiel mit Menschenleben, ein tadelloses Urteil und ein Kriminalrichtergehalt des Dortmund Arbeiter- und Soldatenrates wäre, so scheint uns der Grund zu der Tat ebenso tadelnswert. Weil der Fahrer über die Kippekante fuhr, wäre er schuldig? Wollen wir Mannen in denn das Fahren über die Kippekante ohne verletzte Fahrgäste untersagen? Warum wurde die Abordnung noch bewaffnet? Strategische Gründe, die bis vor kurzem jeder Begründung notwendig machten, sind nicht mehr vorhanden. Oder will der Dortmunder Arbeiter- und Soldatenrat etwa einen Feldzug auf eigene Faust führen?

* **Winterberg** (Sauerland), 7. Dez. Im Kampf mit Wilderern ist der Gemeindevorsteher a. D. Tweskow im Staatsforst Hallenberg erschossen worden. Waldarbeiter fanden die Leiche. Die Täter wurden noch unermittelt. Am Tatort fand man Gegenstände, die darauf schließen lassen, daß die Wilderer mit Militärgewehren ausgerüstet gewesen sind.

* **Arbien**, 8. Dez. Einen empfindlichen Verlust erlitten im Kaufgang und ein Gemeindevorsteher, der gemeinschaftlich in Münster seinen Militärdienst absolviert hatten und mit der Ueberführung der Leiche nach Arbien drei Soldaten beauftragt hatten. Letztere haben Münster am Freitag verlassen, sind aber bis zur Stunde hier nicht eingetroffen. Vermutlich sind die Tiere unterwegs von den beiden unbekannten Soldaten verkauft worden. Der Schaden beträgt zirka 5000 Mark.

* **Münster**, 7. Dez. Empörung herrscht über eine „bessere" Bürgersfrau, die einen Offizier, der abends mit seinem Burschen Quartier begehrte auf Grund seines Quartierzettels, den Eintritt verwehrte mit den Worten: „Wenn Sie 4½ Jahre im Felde draußen geschlafen haben, dann können Sie auch hier noch ein Recht im freien schlafen." Schade, daß man dieses Weib nicht mit Namen an den Pranger gestellt hat.

* **Essen**, 8. Dez. Bis zum 15. November waren bei Krupp bereits 25 000 Arbeiter entlassen; die Zahl ist heute bis auf mehr als 30 000 gestiegen und wird sich noch vermehren, weil es bei den misslichen Verkehrsverhältnissen schwer hält, Aufträge in Arbeit zu erhalten. Fast einstimmig erlangte folgende Entschließung zur Annahme: Eine am 5. Dezember im Saale des Saalbau tagende Versammlung von 2000 Krupp'schen Arbeitern beauftragt den Arbeiterausschuß und die Gewerkschaften, dem Direktorium der Firma Krupp folgende Anträge zu unterbreiten: 1. Verbleiben Arbeitern ist weiter Beschäftigung zu gewähren. 2. Sollte dennoch zur Kündigung geschritten werden müssen, soll eine Kündigungsfrist von 6 Wochen gewährt werden. 3. Ist ein Umzug erforderlich, dann ist eine entsprechende Umzugsvergütung zu gewähren.

* **Duisburg**, 6. Dez. Wie aus Homberg berichtet wird, mußte auf allen Schächten der Zeche „Rheinpreußen" die Morgen- und die Mittagsschicht wegen Wagenmangels ausfallen.

* **Düsseldorf**, 7. Dez. Die von der Spartakusgruppe über den Bürgermeister Dr. Oehler verhängte Maßnahme der Schutzhaft und vorläufigen Suspendierung von der Führung der Geschäfte sind wieder aufgehoben worden. Dr. Oehler ist wieder dienstlich tätig.

* **Köln**, 7. Dez. Die umfangreichen Gebäude der Werkbundausstellung in Köln-Deutz sind heute zum großen Teil seit 1 Uhr heute mittag in Flammen. Die Feuerwehr ist machtlos. Die Brandursache ist bis jetzt unbekannt.

* **Koblenz**, 7. Dez. Die Kriminalpolizei hat mit Rat Zivil- und Militärpersonen wurde in die Stallung der Korpsschlächterei eingebrochen und daraus 600 Stück Vieh weggeführt.

* **Koblenz**, 7. Dez. Hier erschoß ein Lokomotivheizer eine 25jährige Kriegerwitwe nach kurzem Wortwechsel, weil die Frau dem Heiratsantrag des Mannes nicht willfahrte. Der Mörder beging sich nach der Tat Selbstmord.

Vermischtes.

Beinahe 5 Millionen Mark unterschlagen.

* **Berlin**, 7. Dez. „B. Z. am Mittag" berichtet von einer aufsehenerregenden Unterschlagung von beinahe 5 Millionen Mark in Kriegsanleihen. Der langjährige Angestellte des Bankhauses S. Bleichröder, der Verwaltung des Bankiers, Richard Gerike, ein Mann von ungefähr 50 Jahren, der in guten Vermögensverhältnissen lebte und als glücklicher Familienvater und als nüchtern und grundsolid bekannt war, stellte einem Ueberbringer Millionen zu, um ihm Spekulationen in Sekt, die Unterhaltung eines Rennstalles, die Gründung zweier Silberagenturen und anderen Aufwands zu ermöglichen, obgleich dieser, mit Namen Stempel, wegen geistiger Minderwertigkeit aus dem Heere entlassen war. Die Revision bei der Bank ergab, daß Gerike 4 700 000 Mark in Kriegsanleihen aus dem Depot entwendete. Der Beweggrund für das Handeln ist nicht aufgeklärt. Seine Vermögensverhältnisse veränderten sich nicht. Er war an den Gewinnen des jungen Stempel aus den Spekulationen, an den Rennwetten und Rennpreisen nicht beteiligt. Auch Stempel gab keine Aufklärung.

Pressefreiheit?

Ein eigenartiges Schlaglicht auf die von Berlin ausdrücklich verfügte allgemeine Pressefreiheit wirft ein Vorkommnis, über das uns aus Gelsenkirchen berichtet wird. Das dort erscheinende Zentrumsblatt, die Gelsenkirchener Zeitung, veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer folgende Verfügung des dortigen A. S. R:

Arbeiter- und Soldatenrat Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, den 7. Dezember 1918.

An die
Gelsenkirchener Zeitung.
Gelsenkirchen.

Sie werden angewiesen, nachstehenden Artikel in Ihrem Blatte aufzunehmen und in der Nummer vom Montag, den 9. Dezember 1918 erscheinen zu lassen. Die ungewöhnlichen Zeitverhältnisse erfordern dies. Es wird Ihnen aber freigestellt, dem Artikel überdies eine kurze Erklärung voranzusetzen, daß Sie mit dem Inhalte nicht einverstanden sind und den Artikel nur als Veröffentlichung des Arbeiter- und Soldatenrates Gelsenkirchen annehmen.

Arbeiter- und Soldatenrat, Gelsenkirchen
1 Anlage. Wenzel. Hofmann.

Dann folgt der etwa spaltenlange Artikel des A. S. R: „Die Lostrennung Rheinlands und Westfalens von Deutschland", der von Beleidigungen und Verdächtigungen gegen das Zentrum strotzt und die Trennung von Kirche und Staat verherrlicht, und auf dessen Wiedergabe wir füglich verzichten. Die Gelsenk. Zeitung selbst bemerkt zu dieser rücksichtslosen Vergewaltigung der Pressefreiheit:

So der Wortlaut der Veröffentlichung des Arbeiter- und Soldaten-Rates Gelsenkirchen, die wir heute im demokratischen Geleitzug der von der jetzigen Reichsleitung mit Gesetzeskraft bekleideten und den nachgeordneten Behörden, auch den Arbeiter- und Soldatenräten wiederholt zur strengsten Pflicht gemachten Freiheit der Presse angewiesen worden. Allerdings „ungewöhnliche Zeitverhältnisse" mag der Erlaubnis" dem Artikel eine kurze Erklärung zuzufügen, daß wir mit dem Inhalt nicht einverstanden sind, machen wir keinen Gebrauch, da das für unsere Leserschaft und unsere Parteifreunde ganz selbstverständlich ist. Sie weisen mit uns die durch nichts bewiesenen Anwürfe und Verdächtigungen des Zentrums und die Verherrlichung der Trennung von Staat und Kirche entschieden zurück. Der Artikel wird den Anhängern einer Republik Rheinland und Westfalen. Aber die wir das Nötige in unserm Leitartikel in der letzten Sonntagsnummer gesagt haben, ein willkommener Agitationsstoff sein. Die Entwicklung geht ihren Weg, ihr Ergebnis wollen wir ruhig abwarten. Soweit das Zentrum dabei interessiert kommt, hat es bei der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung" einen guten Mitgenossen, und selbst das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der „Vorwärts", erkennt die innere Berechtigung der Bewegung in Rheinland und Westfalen an. Das genügt.

Dem haben wir nichts hinzuzufügen.

Letzte Nachrichten.

König Georg von England in Lille.

WTB **Lille**, 8. Dez. (Telegr.) König Georg ist gestern nachmittag hier eingetroffen und hat sich ins Hauptquartier der 5. englischen Armee begeben.

Poincaré und Clemenceau nach Metz abgereist.

WTB **Paris**, 8. Dez. (Telegr.) Poincaré, Clemenceau, Dubot und Deschanel sind gestern abend nach Metz abgereist.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich.

WTB **Paris**, 8. Dez. (Telegr.) „Petit Parisien" zufolge wurden gestern bei einem Zusammenstoß bei Chateauroux 68 Personen getötet und 151 verletzt.

Wegen des andauernden starken Papiermangels waren wir leider genötigt, eine große Anzahl Inserate, sowie mehrere Artikel und Lokalberichte für die nächsten Nummern zurückzustellen.

Aus dem Stadtkreise Herne.

Herne, den 9. Dezember.

Zur Republik der Länder am Rhein.

Von sehr geschätzter Seite wird uns geschrieben:

In Köln hat eine Versammlung von 4—5000 Personen die Gründung einer rheinischen Republik angeregt; diese Tatsache als Karnevalscherz abzutun, wie es der Herner Zeitung beliebt, geht dann doch nicht an; dafür hat die Bewegung im Rheinland zu tiefe Wurzeln geschlagen, wie schon die mäßige Versammlung beweist. Indessen warnt auch die Kölnische Zeitung [illegible] diesen Plan, die auf einmal jemand hinter der ganzen Geschichte eine Zentrumsgründung witterte und nun — der Deutsche kann ja bekanntlich nicht einig sein — dagegen Front machte; selbst die Sozialdemokratie im Rheinland steht der Gründung nicht ablehnend gegenüber, wie ein Artikel in ihrer Presse beweist. Und gehen wir der Sache auf den Grund, so ist folgendes zu beachten. Infolge der Machtnahmen Berlins, die allen Vernunftlehren ins Gesicht schlagen, namentlich der des famosen Kultusministers Adolf Hoffmann, der selbst in öffentlicher Sitzung erklärte, daß es keinen Gott kenne, ihn aber unter konfusierten Kreisen vermute — ein feindseliger Mensch, der sich selbst so prostituiert —, infolge der famosen Ministerialakte, eines Dr. Wyneken, der für Pflege der Ethik schon unter den Schülern eintritt, nicht zuletzt infolge der gesetzwidrigen Eingriffe über Kirche und Schule, hat sich im Rheinlande unter den vernünftig denkenden Leuten aller Kreise eine Strömung gebildet, deren Wahlruf ist „Los von Berlin".

Diese Leute erstreben einen Wiederaufbau des deutschen Reiches mit allen seinen Gebietsteilen aber nicht unter der Führung Berlins sondern des gesund denkenden Westens, d. i. Rheinland, Westfalen und Hessen und zwar im Zusammenarbeiten mit sämtlichen Bevölkerungskreisen, eine an und für sich gesunde Idee; bisher ist in keiner Weise auch nur im entferntesten an eine Loslösung vom deutschen Vaterlande gedacht, vielmehr soll diese bezüglich der linken Rheinseite gerade durch die neue Gründung verhütet werden. Die Gegner sind offenbar über den Ernst der Situation im Unklaren. Kommt es nicht zu einer solchen Einigung, so bedeutet u. E. kein Zweifel, daß die linke Rheinseite mehr und mehr französischen Einflüssen zugänglich wird und Anschluß an Frankreich sucht, da die dortige Bevölkerung in ihrer großen Mehrzahl nicht gewillt ist, sich von dem Wasserkopf Berlin terrorisieren und ihre ganze Kultur rauben zu lassen. Darin liegt aber auch die Gefahr für Westfalen. Scheidet die linke Rheinseite aus, so wird Westfalen allein kaum in der Lage sein, gedeihlich den kulturellen und sozialen Bestrebungen Berlins ein Gegengewicht herzustellen.

Allein diese Erwägungen dürften genügen, um auch alle Bevölkerungskreise Westfalens nach zu machen und auf den Plan zu rufen, ob nicht doch noch schließlich im Interesse des ganzen Reiches und nicht zuletzt des Westfalenlandes selbst eine Verbindung mit dem Rheinlande herzustellen ist, damit wir nicht schließlich vor Tatsachen gestellt sind, die in ihren Auswirkungen die ganze wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Westfalens für lange Zeit unterbinden. Alle Leute ohne Unterschied der Partei und Konfession, müßten sich auch hier zusammenschließen und Berlin zeigen, daß die westlichen Provinzen unter allen Umständen wirken wollen.

* * *

× **Der kupferne Sonntag.**

Der gestrige kupferne Sonntag machte sich vor allem durch ein überaus reges Straßenleben bemerkbar. Besonders durch die Bahnhofstraße flutete eine dichtgedrängte Menge. Die modernen Verkaufspaläste und Läden zeigten eine seit langem nicht mehr gewohnte Lichtfülle. Soweit wir bemerkten, war rege Kauflust jedoch nur in einigen Branchen, besonders in Zigarren, Spielwaren usw. verhanden. Konfektion schien weniger begehrt zu sein. Die Lebens- und Schuhwarenläden hatten fast durchweg geschlossen.

e **Große Versammlung der Frauen und Jungfrauen.**

Am Mittwoch, den 11. Dez., nachmittags 4 Uhr findet im großen Saale des Gesellenhauses eine Versammlung sämtlicher kathol. Frauen und Jungfrauen von Groß Herne statt. Ein hervorragender Redner wird über brennende Fragen der Gegenwart sprechen.

× **Windthorstbund Herne.**

Der Windthorstbund Herne marschiert. Sein letzter Vortragsabend im oberen Gesellenhaussaale war von weit über 100 Damen und Herren aller Kreise besucht. In seinem sehr zeitgemäßen Vortragsthema, Kirche und Staat, bewies der Redner nach einem geschichtlichen Rückblick, daß die Kirche ein Recht darauf hat, als dem Staate gleichberechtigter Körper anerkannt und behandelt zu werden, daß Staat und Kirche gleichsam eine harmonische Ehe bilden müssen, wenn es den einzelnen Staatsgliedern wohl ergehen soll. Sei eine Scheidung zwischen beiden nicht zu vermeiden, dann müsse die Kirche darauf bestehen, daß mit dieser Scheidung auch die gerechte Vermögensteilung verbunden sei, die jeder Teil mit in diese „Ehe" gebracht hat. Darum wehren sich die Kirche und ihre Angehörigen mit vollem Recht gegen jeden Versuch einer Wiederholung der sogen. Säkularisation aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts, die die kath. Kirche um mehr als 1 Milliarde geschädigt hat. Derzeit darf wohl der Widerstand gegen eine Trennung, wenn diese auf gesetzlichem Wege geschieht, wie es Adolf Hoffmann und seine Genossen z. Zt. in die Wege leiten wollen. Die an den sehr interessanten und instruktiven Vortrag sich anknüpfende recht lebhafte Aussprache zeitigte eine Fülle von Fragen und Gegenfragen, von Aufklärung und Erklärung, wobei die neuesten Kulturerlasse, die Revolution selbst und viele Fragen, die heute im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses stehen, gestreift und erörtert wurden. Gegen 10½ Uhr konnte der Vorsitzende die Lebhaft anregend und interessant verlaufene Sitzung mit bestem Danke an die Erschienenen schließen. Nächste Sitzung am kommenden Freitag 8½ Uhr. Vortragsthema: Kirche und Schule.

× **Ein Versammlungssonntag.**

Der gestrige Sonntag stand im Zeichen der Versammlungen. In der Herz Jesu und in der St. Josefskirche fanden große Katholiker-Versammlungen statt, die beide stark von kathol. Männern und Frauen besucht waren. In Herz Jesu sprach Prof. Dr. Dunekacke-Dortmund in formvollendeter Weise, während in St. Josef Hauptlehrer Pfeffendorf-Gelsenkirchen die Zuhörer zu höchster Begeisterung zu entflammen verstand. Die brennenden Fragen der Gegenwart, auf innerpolitischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Kulturkampferlasse eines Adolf Hoffmann bildeten den Untergrund, auf dem die vortrefflichen Reden aufgebaut waren.

Im Gesellenhause fand eine Versammlung der Geschäftsführer und Bezirksleiterinnen des Volksvereins von Herne, Bochum, Eickel, Wanne und Holsterhausen statt, in der Chefredakteur Ortmann-Recklinghausen sprach. Auch der katholische Arbeiterverein von St. Bonifatius hielt eine wichtige Versammlung ab.

Unsere evangelischen Mitbürger versammelten sich nachmittags 4 Uhr in der ev. Kirche zu einer Kundgebung gegen die beabsichtigte Trennung der Kirche vom Staat. Wir kommen auf die Kundgebungen noch näher zurück.

s. **Kaninchenschau.**

Unter dem Protektorat des Generaldirektors der Gewerkschaft Friedrich der Große, Herrn Bergassessors Klein, fand am Samstag und Sonntag im Saale des Herrn Emil Nagel, Roonstraße, die vom K.-Z.-V. „Gute Rasse"-Herne-Bornhausen veranstaltete zweite große allgemeine

Bauinchenschau statt, die aus allen Teilen des diesseitigen Industriebezirks stark beschickt war. Von Freunden und Gönnern der Sache waren Ehrengaben und Barbeträge gestiftet worden. Die Preisrichter hatten inanbetracht der hervorragenden Exemplare, die die Ausstellung zierten, einen schweren Stand. Die Preisverteilung ergab folgendes:

1. Abteilung: (Altiertklasse)

Siegerpreis J. Kanthak-Herne; Damen-Ehrenpreis H. Möhrke-Herne; Ehrenpreise erhielten W. Loschke-Hüls, A. Postmeier-Herne; 1. Preise J. Postmeier-Recklinghausen-Süd. Außerdem wurden 4 zweite Preise, 9 dritte Preise und 10 lobende Anerkennungen verteilt.

2. Abteilung.

Siegerpreis F. Burghard-Sodingen, Damen-Ehrenpreis P. Mund-Herne; Ehrenpreise: F. Burghard-Sodingen, P. Papel-Recklinghausen, B. Pucalla-Herne, H. Spickermann-Herne; Erste Preise: Wilh. Schlenkhoff-Höntrop, Th. Wiethof-Ehiel; ferner 5 zweite Preise, 13 dritte Preise und 15 lobende Anerkennungen.

3. Abteilung.

Ehrenpreis der Kriegsfell-A.-G.: J. Gresniak-Herne; Siegerpreis H. Linnenborn-Herne; Damen-Ehrenpreise: G. Schröder-Herne, Otto Füßgen-Herne, J. Weber-Herne, O. Köllhoff-Herne, W. Küttemann-Herne. Ferner wurden in dieser Klasse verteilt: 7 Ehrenpreise, 5 erste, 8 zweite, 18 dritte Preise und 30 lobende Anerkennungen.

Häsinnen mit Jungen.

Siegerpreis: C. Strenge-Günnigfeld, Damenehrenpreis E. Nagel-Herne, Ehrenpreis F. Brosinsky-Riemke, ferner wurden 1 zweiter, 5 dritte Preise und 4 lobende Anerkennungen verteilt.

Bund der technisch-industriellen Beamten.

(Ortsgruppe Herne).

In einer stark besuchten Versammlung der technisch-industriellen Beamten, Ortsgruppe Herne, wurde als Delegierter in den erweiterten Ortsausschuß des A.- und S.-Rates das Bundesmitglied Herr Wilhelm Schlenker (Steiger) einstimmig gewählt. Nach der Besprechung und Erledigung laufender Bundesangelegenheiten wurde noch im Interesse der Bundesmitglieder, Abt. Bergbau, beschlossen, während der Wintermonate, zunächst bis Monat April incl., die Monatsversammlung auf den 2. Sonntag im Monat zu verlegen und zwar morgens pünktlich ab 10 Uhr im Vereinslokal Hotel Sassenhoff. Bekanntmachung der Monatsversammlungen erfolgt von jetzt ab regelmäßig durch die hiesigen Tageszeitungen.

× **Ein Soldatenpferd gestohlen.**

Bei der Einquartierung von Truppenteilen des Fuß-Art.-Regts. 19 am Ende der vergangenen Woche ist aus der Stallung des Herrn Schmidt-Sodingen an der am Sodinger Weg belegenen Ziegelei eine wertvolle braune Stute gestohlen worden. In dem Stalle befanden sich 29 Pferde, von denen am Morgen des Ausrückens ein Tier fehlte. Die Stute hatte einen Schnippstern und Schnipp, war 2 Jahre alt, 1,50 groß, kupierten Schwanz, belgische Rasse. Sollte Jemand über den Verbleib des Tieres Auskunft geben können, wird um Mitteilung an die Kriminalpolizei gebeten.

s **Ein schönes Nikolausgeschenk für die Herner Bürgerschaft.**

Der Nikolaus ist ein lieber Mann und scheint die Herner Bürgerschaft besonders in sein Herz geschlossen zu haben. Hat er ihr doch an seinem Namensfeste 32000 Zentner Zucker geschenkt. Die Sache kam so: Ein großer Schleppkahn mit 16000 Säcken Zucker zu je 2 Zentnern beladen, wurde auf der Fahrt nach Mannheim zu einer dortigen Sprengstoff-Fabrik vom Waffenstillstand überrascht. Da nun kein Sprengstoff mehr benötigt wurde, Mannheim aber in der Gefahrzone lag, sollte er nach einem anderen Hafen (Duisburg) verbracht werden. Duisburg aber kam ebenfalls in die Gefahrzone zu liegen, sodaß der Schleppkahn nicht wußte wohin. St. Nikolaus bestimmte darauf den Steuermann, sein Schiff in den Herner Kanalhafen zu lenken, woselbst das städt. Lebensmittelamt die süße Last mit verbindlichstem Dank in Empfang nahm. Die Wirkung dieses Geschenkes zeigt sich heute bereits in dem städt. Wochenspeisezettel, nach welchem jeder Einwohner u. a. 1 Pfund Rohzucker erhält. Für die nächsten Wochen stehen uns aus diesem unerhofften Geschenk weitere Zuckermengen bevor. Schön wäre es, wenn sich auch einmal eine Schiffsladung Butter in den hiesigen Hafen verlaufen wollte!

Unfall im Bergbau.

Schwere Verletzungen, die seine Ueberführung in das katholische Krankenhaus notwendig machten, erlitt auf der Zeche Julia der jugendliche Bergarbeiter Josef Amodick dadurch, daß er beim Aufschieben eines Förderwagens auf dem Förderkorb ausrutschte und mit dem rechten Bein zwischen einer Kohlenkippe und Gleisschine gequetscht wurde.

Ehrenabend für den beliebten Künstler Herrn Denker.

Am Donnerstag, den 12. ds. Mts., wird Herrn Denker zu Ehren die „Fledermaus" gegeben. Herr Denker hat den „Eisenstein" übernommen. Die Hauptrollen liegen in den bewährten Händen der Herren Wallis, Claffen, Hohmann, Frl. Schulz und Frl. Dupont. Herr Denker ist nunmehr fast ein Jahr an der hiesigen Bühne tätig und hat sich durch seine vorzüglichen Leistungen die Zuneigung der Herner Bürger in weitestem Umfang erworben. Auch in Reval, woselbst er 4 Jahre am Deutschen Theater tätig war, steht er heute noch in lieber Erinnerung. Seine zahlreichen Freunde wünschen Herrn Denker zu seinem Ehrenabend ein vollbesetztes Haus.

Aus dem Amte Sodingen.

Börnig-Sodingen, 3. Dez. (Katholikenversammlung.) Ueber die am vorvergangenen Sonntag in Sodingen stattgefundene Katholikenversammlung werden wir noch um Veröffentlichung folgenden Berichtes gebeten: Die schon an dieser Stelle bereits kurz erwähnte, machtvolle Kundgebung der Katholiken der Pfarrgemeinde Börnig-Sodingen am vorvergangenen Sonntag nahm im Einzelnen folgenden Verlauf: In der Einleitungsansprache zeigte der Versammlungsleiter Fust, wie die Religion mit dem Leben des Christen unzertrennlich verbunden ist. Der Forderung treu zur Kirche und ihrem Oberhaupte stehen, gab die Versammlung Ausdruck durch ein brausendes Hoch auf den hl. Vater. Fest soll mein Taufbund immer stehn! so tönte es durch den Saal als Erneuerung des Treuschwurs zu Gott und seiner Kirche. Herr Kaplan Baumeister schilderte einleitend in seiner Rede in großen Zügen den Verlauf der Ereignisse der letzten Wochen in Deutschland. Unter der Kanzlerschaft Hertlings und des Prinzen Max war unsere Regierung auf dem besten Wege zu einer Volksregierung zu kommen. Die unzufriedene Stimmung unter Volk und Soldaten, genährt durch die schlechte und falsche Behandlung, und das Hungerelend, ferner die Erkenntnis, daß man das Volk hintergeht, machten sich Luft in der Revolution. Die Regierung ist von den Sozialdemokraten übernommen. Es ist eine einseitige Partei-Regierung. Sie kann und darf nur eine provisorische sein. Als solche hat sie die erste Pflicht für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Dann aber so bald wie möglich eine wahre Volksregierung aufzurichten. Dies fordern wir mit Nachdruck. Wir müssen die Nationalversammlung haben, um Frieden zu bekommen und einer Hungersnot zu entgehen, denn der Feind will uns mit einer ordnungsmäßig gewählten Volksregierung verhandeln. Treffend wußte der Redner dann zu schildern, wie, unter der jetzigen Regierung Freiheit und Gleichheit gehandhabt werden und belegte dies mit einigen schlagenden Beispielen. In welcher Weise Recht und Gesetz behandelt werden, zeigen die Erlasse des Kultusministers Hoffmann. Wie will er seine Erlasse über Trennung von Kirche und Staat mit dem Recht in Einklang bringen? Wo ist die ihm vom Volke gegebene Vollmacht dazu? Ist das vielleicht Freiheit, wenn man Kinder gläubiger Eltern zwingen will, in glaubenslose Schulen zu gehen? An das kathol. Volk richtete der Redner die Aufforderung, stets treu den Glauben zu bewahren und besonders auch in der Oeffentlichkeit für ihn einzutreten. Kein Katholik, der im Arbeitsverhältnis steht, darf von der Organisation sich ausschließen. Für den christlichen Arbeiter kommt hier nur die christliche Gewerkschaft in Frage. An den Opfersinn stellt unsere Zeit große Anforderungen sowohl an Geld, wie an Zeit und Arbeit. Geben wir gern die Beiträge zur Partie. Mit nochmaliger nachdrücklicher Betonung der Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der heutigen Regierung, unter Voraussetzung der schleunigen Einberufung der Nationalversammlung, schloß der Redner seine Ausführungen, unter anhaltendem Beifall.

In der Aussprache zeichnete Herr Pfarrer Brückling den Anwesenden ein Bild über das Wesen der sogenannten Einheitsschule. Ein Sozialdemokrat, der sich zum Verteidiger der konfessionslosen Schule aufwarf, und hierbei die tollsten Behauptungen aufstellte, ohne die geringste Spur eines Beweises für die Wahrheit seiner Ausführungen erbringen zu können, erhielt unter dem Beifall der Anwesenden die verdiente Abfuhr. Mit einem Schlußwort des Versammlungsleiters und nach einstimmiger Annahme der früher bereits inhaltlich veröffentlichten Entschließung, erreichte die imposante Versammlung mit dem gemeinschaftlich gesungenen Liede, Großer Gott wir loben dich und mit dem kathol. Gruße ihr Ende.

Sodingen, 6. Dez. Vom Arbeiter- und Soldatenrat Sodingen wird uns mitgeteilt: In der gestrigen Sitzung des A.- und S.-Rates Sodingen wurde zunächst über die Konferenz der A.- und S.-Räte des Industriebezirks vom 30. 11. 18. berichtet. Unter Bezugnahme auf die in der Presse veröffentlichten Richtlinien wurde besonders darauf hingewiesen, daß in den A.- und S.-Räten grundsätzlich alle Parteien vertreten sein sollen, daß aber die Mehrheit von mindestens 2/3 einschl. des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei angehören müßten. Sodann wurde die Versicherung der Mitglieder des A.- und S.-Rates gegen Krankheit und Unfall besprochen. Anstelle eines freiwillig ausgetretenen Mitgliedes soll ein Vertreter der Kriegsbeschädigten und der von der Front zurückgekommenen Soldaten gewählt werden. Den Beamten der Zechen Mont-Cenis, Teutoburgia und Friedrich der Große wurde ebenfalls ein Sitz zugebilligt, sodann wurde beschlossen, einen Antrag an die Einkommensteuerkommission zu stellen, daß die Einkommensteuererklärungen derjenigen Zensiten, die über 3000 M. Einkommensteuer zahlen, der örtlichen Steuereinschätzungskommission zur Prüfung vorzulegen sind.

Die hier abgegebenen 70 Anzüge sollen nach sorgfältiger Prüfung der Bedürftigkeit durch Mitglieder des Soldatenrates, von der Lebensmittelkommission des A.-Rates zu denjenigen Preisen ausgegeben werden, die bei der Uebernahme gezahlt sind.

Die abgegebenen Fahnen sollen an Bedürftige zur Selbstanfertigung von Kleidungsstücken überwiesen werden.

Die Polizeistunde wird auf 11½ Uhr festgesetzt.

Nach Klärung von einigen Angelegenheiten von geringer Bedeutung wurde eingehend über die Tätigkeit der Lebensmittelkommission gesprochen und diese beauftragt, die durch die Abschiebung der Gefangenen freiwerdenden Mengen Lebensmittel festzustellen, und Vorkehrungen zu treffen, um sie sicher zu stellen.

Sodann wurde beschlossen, mit Strengen Strafen jeden Mißbrauch der Unterschrift des A.- und S.-Rates zu ahnden.

Sodingen, 7. Dez. Runkelrüben gelangen am Montag vormittag von 8½—11½ zur Ausgabe. Gutscheine in der Marienschule. Preis pro Ctr. 3,50 M.

Kortumhaus Bochum.
Dienstag, den 10. Dezember, abends ab 7 Uhr
Grosses
Militär-Extra-Konzert
der beliebten 16. (Hackethüer), aus dem Felde zurück. Musikleiter Freund. 7365

Back-, Schlacht- u. Küchengewürze:
Anis, Piment, Kümmel
Majoran, Dill, Tonkabohnen
Thymian, Beifuss, Koriander
Muskatblüte, Safran, Muskatnuss
Pfeffer, Ingwer, Kaneh!
Paprika, Nelken, Selleriepulver
Citronen-, Bittermandel-, Vanille-Essenz
lose, Flaschen mitbringen.
Hirschhornsalz (Ammonium) Natron
Potasche, Weinstein, Backpulver
7308 empfiehlt
Drogerie F. Klische,
Ecke Heinrichstr., Bahnhofstr. 56.

Das Ereignis
der Woche und das Tagesgespräch unserer Stadt bildet unser morgiger **Prunk-Spielplan.**
Der mit allgemeiner Spannung erwartete 1. Film der neuen **Henny Porten**-Serie 1918-19:
Das Maskenfest des Lebens
Der unvergleichlich schöne und herrliche Liebesroman in 4 glanzvollen Akten. In der Hauptrolle: **Henny Porten**, Deutschlands populärste Filmkünstlerin, der ausgesprochene Liebling aller Kinobesucher.
Ein neuer Stern am Firmament, **Ressel Orla**, unsere neue Filmdiva, in ihrem ersten Werk:
Die Sünde
Die Geschichte eines Modells. Der hochdramatische Lebensweg eines verlassenen Mädchens in 4 Abteilungen.
Viggo Larsen, der elegante Bonvivant des Films, in seiner neuesten Schöpfung:
Der Sohn des Hannibal
Großes Turfschauspiel nach dem gleichnamigen Roman Ludwig Wolf, dem Verfasser von „Der Krieg im Dunkel". 4 Akte mit herrlichen Bildern vom Turf.
Beachten Sie unser morgiges Inserat!!
Heute letztmalig: Harry Hill-Sensation:
Im 100 Kilometer-Tempo,
Joe Jenkins Abenteuer:
Ralph Kenedys Geständnis,
und das Glanz-Lustspiel:
Das kommt vom Kettenhandel.

Schauburg
Vornehme Kunst-Lichtspiele.
Bahnhofstr. 72. Telefon 906.

frisch. Transport grosser u. kleiner
Schweine
angekommen.
Verkaufe selbige zu den billigsten Tagespreisen.

7371 **Th. Bönte, Herne, Wischerstr. 9.**

Steffens Saalbau-Theater Herne
Direktion Adolf Stetten. 7374
Heute Montag, den 9. Dezember 1918:
Einlass 7,15 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Wo die Lerche singt
Operette in 3 Akten.
Musik von Franz Lehar.
Vorverkauf bei Georg u. Alfred Köhler.

Circus-Variete Herne
Bahnhofstrasse 7.
7356
Luci Luciana
Moderne Tänze.
Sousa-Comp.
Das lebende Handgepäck.
„Lady"
— Das Wunderpferd. —
Emil Lange
Sächs. Komiker.
W. Morlay-Comp.
— Kom. Musikakt. —
R. u. F. Wondler
Gymnastiker.
Carl de Egos
— Ulkige Dackelspiele. —
Harry Orla
Sensat. Balance-Akt.
Laryson u. Riley
Kom. Radfahrer-Akt.
Anfang 8 Uhr.
Nach Schluss:
Strassenbahnen nach allen Richtungen.

Maurer, Einschaler und Betonarbeiter
gesucht. 7345
E. Hegerfeld,
Baugeschäft für industrielle Anlagen, Bochum
Zu melden bei Polier Cäsar, Baustelle Recklinghausen II Hochlarmark.

Essig-Essenz à 3.50.
Drogerie Klische.

Schmied
für Hufbeschlag und Wagenbau gesucht. 7349
Bürgerliches Brauhaus Herne.

Junge,
welcher fahren kann, für Bäckerei gesucht. 7347
Mottebrock, Börnig, Kirchstraße.

Schneidergeselle
auf Stück oder Wochenlohn sofort gesucht
Bartol Zupan, Schneidergeschäft, Sodingen, Montceniusstrasse 59 am Denkmal. 7219

Familie von auswärts sucht eine
abgeschl. Etage
von 4—5 Zimmern mit Zubehör zum 1. Januar oder auch später zu mieten.
Gefl. Offert. unter K. J. 7195 an die Geschäftsstelle d. Herner Anzeigers.

Kesselheizer, Arbeiter jeglicher Art, Frauen und Mädchen
werden fortwährend für dauernd eingestellt für Kokereibetrieb. Zu melden bei den Schachtmeistern Verholt, Sodingen, Bismarckstraße 21a, Gladis, Schmidtstraße 36, Sodingen, Schachtmeister Nikol. Holthausen, Mont-Cenisstr. 61, Zeche Friedrich der Große, Schacht 3 und 4 sowie beim Geschäftsführer L. Betzer, Restaurant Kirchenbusch, Kanalstr. Börnig. (7093

Ein sauberes
Dienstmädchen
per sofort gesucht. 7264
Frau Schmidt, Horstlauserstr. 23.

Für Sonntags wird ein ordentliches 7268
Mädchen
zum Postkartenverkauf gesucht. Lohnender Verdienst.
Näheres Müllers Bierstuben.

Fieberthermometer Mk. 4.50.
Drogerie Klische.

Putzfrau
gesucht. 7287
Bochumerstr. 68 part.

Suche für meinen kl. Privathaushalt, 3 Personen, ein sauberes, properes 7369
Mädchen
für alle Hausarbeit
Frau Wilhelm Buschmann, Herne, Bahnhofstr. 104.

Zu sofort ein ordentl.
Halbtagsmädchen
gesucht. Meldungen 7355
Schäfestr. 7.

Kleine Beamten-familie sucht zum 1. Jan. od. später passende
3-Zimmer-Wohnung
mit Licht. 7294
Näheres in der Geschäftsstelle des Herner Anzeigers.

Ein kleines
Ladenlokal
evtl. mit Wohnung für sofort gesucht. Bahnhofstr. bevorzugt.
Offert. u. K. G. 7297 a. d. Geschäftsst. d. Herner Anzeigers.

Dame
alleinstehend sucht zum 1. April
schöne Wohnung
3—4 Räume mit Zubehör.
Angeb. u. P. P. 7139 an die Geschäftsstelle des Herner Anzeigers.

Wohnung
v. 6 Zimmern (Part.) m. Zubehör od. Einfamilienhaus z. 1. Apr. 1919 zu mieten gesucht.
Schriftl. Angeb. u. F. D. 7128 an die Geschäftsst. des Herner Anzeigers.

Letzterem sucht z. 1. Jan. ein
möbl. Zimmer
wenn möglich m. voller Pension.
Zu erfragen in d. Geschäftsst. d. Herner Anzeigers, P. Buthmann, Gertrudstr. 7376

Wohnung
von 3 Zimmern mit Koch- und Leuchtgas per sofort oder 1. Januar zu vermieten. 7336
Herne, Hoherweide 181.

Im Hause Wischerstr. 96 sind zum 1. Januar 1919
2 Zimmer
zu vermieten. Näheres 7362
Ww. Kogelheide, Breddestr. 8.

Eine 7314
Mansardenwohnung
von 2 Zimmern für sofort oder später zu vermieten.
Wilhelmstraße 51.

Ein 7368
Ladenlokal
passend für ein Zigarrengeschäft zu mieten gesucht. (Bahnhofstr. bevorzugt.) Daselbst ein Ladenregal zu kaufen gesucht.
Gefl. Offert. u. S. B. 7368 an die Geschäftsstelle d. Herner Anzeigers.

Bekanntmachung

betreffend die Entrichtung der Umsatzsteuer
für die Zeit vom 1. August bis zum 31. Dezember 1918.

Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen in Herne aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der steuerpflichtigen Entgelte im Jahre für die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember d. Js. — bis spätestens Ende Januar 1919 — dem unterzeichneten Umsatzsteueramt schriftlich einzureichen, oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen. Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebs im Sinne des Umsatzsteuergesetzes. Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen usw. Gegenstände aus dem eigenen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -Verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzterem Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der allgemeinen Umsatzsteuer nach dem Satze 5 v. H. sind diejenigen Personen usw. befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte vom 1. August bis 31. Dezember nicht mehr als 1250 Mark beträgt. Sie sind daher zur Einreichung einer Erklärung nicht verpflichtet. Eine Mitteilung an das Umsatzsteueramt über die in Anspruch genommene Steuerfreiheit ist jedoch erwünscht.

Die Nichteinreichung einer Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 Mark nach sich.

Das Umsatzsteuergesetz bedroht denjenigen, der über den Betrag der Entgelte wissentlich unrichtige Angaben macht und vorsätzlich die Umsatzsteuer hinterzieht oder einen ihm nicht gebührenden Steuervorteil erschleicht, mit einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der gefährdeten oder hinterzogenen Steuer. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 Mark bis 100000 Mark ein. Der Versuch ist strafbar.

Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind Vordrucke zu verwenden. Sie können bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte kostenlos entnommen werden.

Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der Entgelte verpflichtet, auch wenn ihnen Vordrucke zu einer Erklärung nicht zugegangen sind.

Die Abgabe der Erklärung kann im übrigen durch nötigenfalls zu wiederholende Geldstrafen erzwungen werden, unbeschadet der Befugnis des Umsatzsteueramts, die Veranlagung auf Grund schätzungsweiser Ermittlung vorzunehmen.

Herne, den 5. Dezember 1918.

Umsatzsteueramt: Dr. la Roche.

Lebensmittelverteilung in Herne.

Auf Grund der erlassenen Anordnungen über die Regelung des Verkaufs von Lebensmitteln in der Stadt Herne wird hiermit die für die Woche vom 9. bis 15. Dezember 1918 auf den Kopf der Bevölkerung zu verteilende Menge wie folgt festgesetzt:

1. Kartoffeln. Jeder Einwohner erhält 7 Pfund Kartoffeln. Der Verkauf beginnt am Mittwoch, den 11. dieses Monats.

2. Fett: Auf Fettkarte Nr. 92: 60 Gr. Margarine Pfund 2,15 Mk.

3. Fleisch und Fleischwaren: Auf Abschnitt Nr. 1—8 für Erwachsene 150 Gr., auf Abschnitt Nr. 9 und 10 Frischwurst 50 Gr. Für Kinder die Hälfte.

4. Lebensmittel. Auf Lebensmittelkarte Nr. 213 für Erwachsene und Kinder 200 Gr. Suppenmehl 0,60 M., 250 Gr. Marmelade 0,50 M., 500 Gr. Rohzucker, Preis wird noch bekanntgegeben, für Kinder unter 6 Jahren 125 Gr. Haferflocken 0,16 M.

Zum freien Verkauf: Knochenbrühextrakt, Gemüsekonserven, Deutschen Tee, Kaffee-Ersatz, Sülze in 1-Pfund und ½-Pfund-Büchsen, Brotaufstrich in ½-Pfund-Büchsen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß für abhanden gekommene Brot- und Lebensmittelkarten Ersatz nicht gewährt werden kann.

Ferner bitten wir die Bürgerschaft, genau darauf zu achten, daß keine Ueberforderungen bezügl. der Preise und keine Mindergewichte vorkommen. Die Lebensmittelgeschäfte dürfen wegen der einen oder andern Zuteilung keinen Zwang ausüben und steht es jedem frei, wenn er auf einige Zuteilungen verzichtet. Jegliche Uebergriffe bitten wir im Rathaus der Preisprüfungsstelle, Zimmer 45 anzuzeigen.

Herne, den 7. Dezember 1918.

Der Oberbürgermeister: Dr. Sporleder.
Der Arbeiter- und Soldatenrat: I. A.: Benz.

Bekanntmachung.

Wir weisen darauf hin, daß der Verkehr mit Kriegsgefangenen nach wie vor verboten ist und insbesondere der Verkauf von Lebensmitteln an Kriegsgefangene oder Ankauf von Ausrüstungsgegenständen, die den Kriegsgefangenen oft nicht einmal gehören, sondern Staatseigentum sind, unterbleiben muß. Zuwiderhandlungen werden unnachsichtlich verfolgt und bestraft werden. Außerdem erfolgt Beschlagnahme der betreffenden Gegenstände.

Insbesondere haben wir Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Verdacht vorliegt, daß Gewerbetreibende Nahrungsmittel zu außerordentlich hohen Wucherpreisen abgeben. Hiergegen wird besonders scharf vorgegangen werden. 7375

Sodingen, den 5. Dezember 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
gez. Hofmeyer. Schilla.

2-Zimmer-Wohnung
in besserem Hause für sofort od. 1. Januar z. verm. 7277
Kaiserstr. 10.

Einf. möbl. Zimmer
mit voller Pension an anständigen Herrn zu vermieten. Off. unter E. S. 7283 an den Herner Anzeiger.

Eine 2 Zimmerwohnung
mit Stall und Keller, parterre, umständehalber für sof. od. 1. Jan. zu verm. Hibernialstr. 32. 7292

Eine 3-Zimmer-Wohnung
zum 1. Januar zu vermieten.
Näheres Wilhelmstr. 41, 7148 parterre links.

Laden-lokal
für Errichtung eines Zigarrengeschäftes in Herne oder Umgegend zu mieten gesucht.
Ausführliche Angebote mit Angabe des Mietspreises an die Geschäftsstelle des Herner Anzeigers erbeten.

Hoher 7352
Zimmerofen
geeignet für Wirtschaft oder Geschäft sehr billig zu verkaufen. Schützenpl., Rottbruchstr. 12.

Bettstelle mit Matratze und Kleiderschrank billig 7353
zu verkaufen.
Schützenpl., Rottbruchstr. 12.


Belegte, ostfriesische
Milchschafe
eingetroffen. 7354
Julius Sternberg, Bochum, Heinrichstr. 11, 2. Etg. Eingang Kanalstr. Telefon 248.

Kleiner eiserner
Ofen
zu verkaufen. 7357
Bochumerstr. 66, 1. Etg.

Anfertigung
von Zeugnisabschriften
u. dergl. mit Schreibmaschinenschrift besorgt schnell und zuverlässig 7363
Rechtsauskunftei P. Gniewgut, Herne, Neustr. 8.

Junger Mann,
der seine Lehrzeit beendet hat, sucht Stellung auf einem kaufmännischen Büro. Angebote unter G. L. 7211 an die Geschäftsstelle des Herner Anz.

Teigbottich
2—3 Sack fassend, m. Auspresse zu verkaufen. 7184
Schaeffer & Naumann, v. d. Heydtstr. 33.

Statt jeder besonderen Anzeige.

In der Freude auf ein baldiges Wiedersehn traf uns die tieferschütternde Nachricht, daß auch mein jüngster Sohn, unser lieber Bruder

Paul Rolofs

Ritter des Eisernen Kreuzes

infolge Bauchschusses am 7. November im Alter von beinahe 22 Jahren den Heldentod für sein Vaterland gestorben ist.

In tiefer Trauer:

Familie Wwe. H. Rolofs.

Herne, den 7. Dezember 1918.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Dienstag, den 10. Dezember, 8,15 Uhr in der Bonifatiuskirche. (7389

Nach Gottes unerforschlichem Ratschlusse entschlief am Sonnabend morgen 7¼ Uhr mein innigstgeliebter, unvergesslicher Mann, unser guter, treusorgender Vater, mein lieber Schwiegersohn, unser guter Bruder, Schwager und Onkel, der

Operpostschaffner

Franz Clement.

Er starb nach kurzem, schwerem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, gestärkt durch den andächtigen Empfang der hl. Sterbesakramente, im Alter von 46 Jahren.

Wir bitten, der Seele des teuren Verstorbenen im Gebete zu gedenken.

Die tiefbetrübte Gattin

nebst 6 Kindern und Anverwandte.

HERNE, Börnig, Berge b. Medebach, Russland, Recklinghausen und Castrop, den 7. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet statt am Dienstag, den 10. Dezember, nachmittags 2¾ Uhr vom Sterbehause, Mont-Cenisstrasse 41, aus. Das feierliche Seelenamt ist Mittwoch morgen 8¼ Uhr in der St. Bonifatiuskirche.

Allen, denen aus Versehen [illegible] besondere Einladung nicht zugehen sollte, diene dieses [illegible]he. 7364

Krieger- und Landwehrverein Herne.

Antreten der Mitglieder zur Beerdigung des verstorbenen Oberpostschaffners

Clement

am Dienstag, den 10. Dez. nachmittags 2,30 Uhr im Stammlokale. 7356

Der Vorstand.

Zigarren gut. Qual., 32, 40, 50, 60 bis 120 Mk. p. St. Probekist. nicht unt. 100 St. p. Nachn. Garant. rein. Rauchtabak, Pfd. 20 Mk. **M. Jakobsberg,** Detmold, Großhandlg.

Damenmäntel, Paletots, Gehrock und Joppenanzüge, I a Friedensware, preiswert 7175

zu verkaufen.

Franz Nickel, Schneidergeschäft, Behrenstr. 10.

Herren- und Knabengarderobe Neuanfertigung, Wenden, Umändern und Aufbügeln und schnellsorgfältig. Joh. Uhlendahl. Schneidermeister, 6978) Herne, Neustr. 45.

Prima **Weißkohl** Zentner 9.00 Mk. 7291 **Rudolf Haber,** Marienstraße.

Guterhaltener 7267 **Kinderwagen** und fast neuer **Gasofen** zu verkaufen. Bahnhofstr. 27, 2. Etg.

Mehrere Bettstellen mit Matratzen, 1 Kommode, 1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, mehrere Tische, ein Kochherd, eine Wasserbank und sonstige Gegenstände 7251

zu verkaufen.

Goethestr. 42, Hinterhaus, 2. Etg.

Mehrere elektr. Artikel für Kleinbeleuchtung Akkumulatoren Dynamo, Wasserturbine, Schalttafel, Dampfmaschine usw. billig

zu verkaufen.

Zu erfr. in d. Geschäftsst. d. Herner Anzeigers. 7250

Ein Schreibpult für Büro geeignet, eine Kopierpresse, ein Drehstuhl und ein groß. r Zimmerofen 7227

zu verkaufen.

Fisse, Heinrichstr. 3.

Eh hat Gott dem Allmächtigen gefallen, am Donnerstag morgen 7 Uhr meine liebe Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Wwe. Heinr. Weimann

geb. Overdiek

im fast vollendeten 83. Lebensjahre plötzlich und unerwartet infolge Herzschlag abzurufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Fritz Weimann.

Börnig-Sodingen, den 5. Dezember 1918.

Die Ueberführung der Verstorbenen findet am Dienstag, den 10. Dezember 1918, nachm. 3 Uhr von Börnig aus nach Bad Essen, die Beerdigung daselbst Mittwoch, den 11. Dezember 1918, nachmittags 3 Uhr von dem Hause ihres Neffen Johann Weimann aus statt. (7351

Offenbarung Johannes 2, 10. Sei getreu bis in den Tod, so will ich Dir die Krone des Lebens geben.

Dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, Freitag nachmittag 4 Uhr meine innigstgeliebte, teure Frau, unsere liebe Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte, die

Ehefrau Anton Wolff

Hertha geb. Düppe

nach langem, schwerem, mit grösster Geduld ertragenem Leiden, im Alter von 28 Jahren in ein besser s Jenseits zu nehmen. Sie starb im festen Glauben an ihren Erlöser.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Anton Wolff, Zahlm.-Stellv., z. Zt. Cassel,

Helene Felzen.

HERNE, Dingelstädt, Heiligenstadt (Eichsfeld), Recklinghausen-Süd, Hannover, Düsseldorf, Soest, den 6. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet statt am Mittwoch, den 11. Dezember, nachmittags 2½ Uhr vom Sterbehause, Bahnhofstrasse 134, aus zum Friedhof Recklinghausen-Süd. Die Hausandacht ist ½ Stunde vorher.

Allen, denen aus Versehen eine besondere Nachricht nicht zugehen sollte, diene dieses als solche.

Aus dem Felde zurückgekehrt, habe ich die

PRAXIS

wieder aufgenommen.

Sprechstunden: 8½—10½ und 2—4 Uhr.

Dr. med. Witthamp,

7361 Schaeferstrasse 4, Fernruf 852.

Prima

Steckrüben

hat zentnerweise abzugeben

Hermann Feldmann

Herne, Wischerstraße 28. — Telefon 261.

Bekanntmachung.

Die am Montag stattfindende Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates findet umständehalber nicht um 5 Uhr, sondern um 7 Uhr statt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:

J. B.: Hans Hüttemann.

Strassenbahn Herne-Sodingen-Castrop.

Fahrplan ab 8. Dezember 1918.

Gültig an Wochentagen.

Haltestelle (→)																				
Herne-Bahnhof	—	—	—	6,21	6,45	7,09	7,33	7,45	7,57	8,09	8,21	usw. alle 12 Min. b. abends	9,45	9,57	10,09	10,21	10,33	10,45	10,57	11,21	11,45
Ausweiche Schule Mont-Cenisstraße	—	5,30	—	6,26	6,50	7,14	7,38	7,50	8,02	8,14	8,26		9,50	10,02	10,14	10,26	10,38	10,50	11,02	11,26	11,50
Ausweiche Möller	5,20	5,36	6,08	6,32	6,56	7,20	7,44	7,56	8,08	8,20	8,32		[illegible]	10,08	10,20	10,32	10,44	10,56	11,08	11,32	11,56
Amtshaus-Sodingen	5,24	5,40	6,12	6,36	7,00	7,24	7,48	8,00	8,12	8,24	8,36		[illegible]	10,12	10,24	10,36	10,48	11,00	11,12	11,36	12,00
Ausweiche Kirche-Börnig	5,26	5,42	6,14	6,38	7,02	7,26	7,50	—	8,14	8,26	8,38		10,02	—	10,26	—	10,50	—	11,14	11,38	—
Ausweiche Teutoburgia	5,32	5,48	6,20	6,44	7,08	7,32	7,56	—	8,20	8,32	8,44		10,08	—	10,32	—	10,56	—	11,20	11,44	—
		5,56																			
Ausweiche Lipperheide	5,38	6,02	6,26	6,50	7,14	7,38	8,02	—	8,26	8,38	8,50		10,14	—	10,38	—	11,02	—	11,26	11,50	—
Castrop Emschertalbahn	5,42	6,06	6,30	6,54	7,18	7,42	8,06	—	8,30	8,42	8,54		10,18	—	10,42	—	11,06	—	11,30	11,54	—

Haltestelle (←)																		
Herne-Bahnhof	6,19	6,43	7,07	7,31	7,43	7,55	8,07	8,19	8,31	8,43	8,55	9,07	usw. alle 12 Min. b. abends	10,55	11,19	11,43	—	—
Ausweiche Schule Mont-Cenisstraße	6,14	6,38	7,02	7,26	7,38	7,50	8,02	8,14	8,26	8,38	8,50	9,02		10,50	11,14	11,38	—	—
Ausweiche Möller	6,08	6,32	6,56	7,20	7,32	7,44	7,56	8,08	8,20	8,32	8,44	8,56		10,44	11,08	11,32	11,56	12,16
Amtshaus-Sodingen	6,04	6,28	6,52	7,16	7,28	7,40	7,52	8,04	8,16	8,28	8,40	8,52		10,40	11,04	11,28	11,52	12,12
Ausweiche Kirche-Börnig	6,02	6,26	6,50	7,14	—	7,38	—	8,02	—	8,26	—	8,50		10,38	11,02	11,26	11,50	12,10
Ausweiche Teutoburgia	5,56	6,20	6,44	7,08	—	7,32	—	7,56	—	8,20	—	8,44		10,32	10,56	11,20	11,44	12,04
	5,52																	
Ausweiche Lipperheide	5,46	6,14	6,38	7,02	—	7,26	—	7,50	—	8,14	—	8,38		10,26	10,50	11,14	11,38	11,58
Castrop Emschertalbahn	5,42	6,10	6,34	6,58	—	7,22	—	7,46	—	8,10	—	8,34		10,22	10,46	11,10	11,34	11,54

Gültig an Sonn- und Feiertagen.

Haltestelle (→)																	
Herne-Bahnhof	—	6,45	7,09	7,33	7,57	8,09	usw. alle 12 Min. b. abends	9,45	9,57	10,09	10,21	10,33	10,45	10,57	11,21	11,45	12,07
Ausweis Schule Mont-Cenisstraße	—	6,50	7,14	7,38	8,02	8,14		9,50	10,02	10,14	10,26	10,38	10,50	11,02	11,26	11,50	12,12
Ausweiche Möller	6,32	6,56	7,20	7,44	8,08	8,20		9,56	10,08	10,20	10,32	10,44	10,56	11,08	11,32	11,56	12,18
Amtshaus-Sodingen	6,36	7,00	7,24	7,48	8,12	8,24		10,00	10,12	10,24	10,36	10,48	11,00	11,12	11,36	12,00	12,22
Ausweiche Kirche-Börnig	6,38	7,02	7,26	7,50	8,14	8,26		10,02	—	10,26	—	10,50	—	11,16	11,38	—	—
Ausweiche Teutoburgia	6,44	7,08	7,32	7,56	8,20	8,32		10,08	—	10,32	—	10,56	—	11,20	11,44	—	—
Ausweiche Lipperheide	6,50	7,14	7,38	8,02	8,26	8,38		10,14	—	10,38	—	11,02	—	11,26	11,50	—	—
Castrop Emschertalbahn	6,54	7,18	7,42	8,06	8,30	8,42		10,18	—	10,42	—	11,06	—	11,30	11,54	—	—

Haltestelle (←)																	
Herne-Bahnhof	6,43	7,07	7,31	7,55	8,07	8,19	8,31	8,43	8,55	9,07	9,19	usw. alle 12 Min. b. abends	10,55	11,19	11,43	12,07	—
Ausweis Schule Mont-Cenisstraße	6,38	7,02	7,26	7,50	8,02	8,14	8,26	8,38	8,50	9,02	9,14		10,50	11,14	11,38	12,02	—
Ausweiche Möller	6,32	6,56	7,20	7,44	7,56	8,08	8,20	8,32	8,44	8,56	9,08		10,44	11,08	11,32	11,56	12,16
Amtshaus-Sodingen	6,28	6,52	7,16	7,40	7,52	8,04	8,16	8,28	8,40	8,52	9,04		10,40	11,04	11,28	11,52	12,12
Ausweiche Kirche-Börnig	—	—	7,14	7,38	—	8,02	—	8,26	—	8,50	9,02		10,38	11,02	11,26	11,50	12,10
Ausweiche Teutoburgia	—	—	7,08	7,32	—	7,56	—	8,20	—	8,44	8,56		10,32	10,56	11,20	11,44	12,04
Ausweiche Lipperheide	—	—	7,02	7,26	—	7,50	—	8,14	—	8,38	8,50		10,26	10,50	11,14	11,38	11,58
Castrop Emschertalbahn	—	—	6,58	7,22	—	7,46	—	8,10	—	8,34	8,46		10,22	10,46	11,10	11,34	11,54

Herne, den 8. Dezember 1918.

Die Direktion.